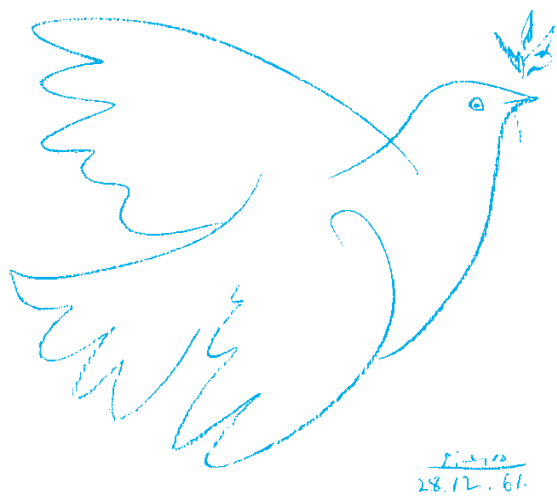




Unsere Welt



«Waffenstillstand, jetzt!» Quelle: Yusuke Nagaoka.

Krieg in Gaza

Hunger als Kriegswaffe

Die humanitäre Lage im Gazastreifen ist katastrophal. Zehntausende Palästinenser:innen sind dem Krieg zum Opfer gefallen und Hunderttausende wurden in die Flucht getrieben. Den Überlebenden fehlt es an Lebensmitteln, Wasser und Strom. Eine Hungerkrise steht bevor. Die israelische Besatzungsmacht verhindert derweil gezielt die Lieferung von lebensnotwendigen Gütern in die Region.

Von Tarek Idri

Seit knapp einem halben Jahr führt die israelische Regierung einen Krieg im Gazastreifen, bei dem annähernd 30 000 Palästinenser:innen, darunter 12 000 Kinder und Jugendliche, getötet wurden. Innerhalb von drei Wochen wurden mehr Bomben abgeworfen als im gesamten Vietnamkrieg. Die Infrastruktur im besetzten palästinensischen Gebiet wurde in Schutt und Asche gelegt, das Gesundheitswesen ist zusammengebrochen und es gibt weder ausreichend Wasser, Lebensmittel oder Strom.

Sie essen Tierfutter

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung von Gaza musste mittlerweile in den Süden der Region fliehen. Schätzungsweise 1,3 Millionen Menschen befinden sich in Rafah, der südlichsten Ortschaft, direkt an der Grenze zu Ägypten, eingepfercht in Zeltstädten. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu kündigte an, den Krieg auch auf Rafah auszuweiten. Bei Redaktionsschluss war noch unklar, wann Netanjahu tatsächlich die Bodenoffensive auf die Grenzstadt beginnen würde. Dass der Angriff stattfinden wird, ist so gut wie ausgemacht. Netanjahu beantwortete die internationale Kritik mit den Worten: «Wer uns an dem Einsatz in Rafah hindern will, sagt uns letztlich «Verliert den Krieg».» Nur Wochen zuvor hatte die Regierung den Süden von Gaza noch als «sichere Zone» deklariert.

Ein Angriff würde die überfüllte Stadt in einen Friedhof verwandeln, warnt die NGO «Ärzte ohne Grenzen». Die humanitäre Lage in der Stadt, in der vor dem Gazakrieg we-

niger als 200 000 Menschen lebten, ist bereits jetzt katastrophal. Die israelische Regierung verhindert weiterhin, dass genügend Hilfslieferungen in den Gazastreifen gelangen. Viele Palästinenser:innen seien mittlerweile gezwungen, sich von Tierfutter zu ernähren, berichtet das Hilfswerk Oxfam. Die israelische Besatzungsmacht erzeugt bewusst eine Lebensmittelkrise und setzt damit Hunger als eine Waffe ein – ein Kriegsverbrechen.

Totale Kontrolle

Netanjahu hat kürzlich den offiziellen Standpunkt dargelegt, wie die Zukunft nach dem Kriegseinsatz aussehen soll. Der Plan des radikal-zionistischen Politikers sieht vor, dass Israel die alleinige und totale «Sicherheitskontrolle» im gesamten Gebiet westlich des Jordans übernehmen wird – im Gazastreifen wie auf der besetzten Westbank. Wie düster die Aussichten für die Palästinenser:innen sind, wurde von Netanjahus Minister für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir von der klerikalfaschistischen Partei «Jüdische Stärke» noch deutlicher ausgesprochen: «Solange wir in der Regierung sind, wird kein palästinensischer Staat gegründet.» Der Krieg wäre vielmehr eine Gelegenheit, die «Abwanderung» der Bewohner von Gaza zu «fördern». Ein weiterer Minister in der Netanjahu-Regierung, Amichai Eljahu, kritisierte, dass überhaupt noch humanitäre Hilfe in den Gazastreifen geliefert würde. Gemäss Eljahu gäbe es keine unbeteiligten Zivilist:innen in Gaza, darum sollen sie auch keine Hilfe erhalten.

Die israelische Regierung will offensichtlich mehr, als bloss «Terro-

risten» bekämpfen. Die rechte Regierung Israel, die rechtteste und rassistischste Regierung in der Geschichte des Siedlerstaates, will Fakten schaffen und das kolonialistische Projekt des Zionismus endlich zur Durchsetzung bringen: Eine Ein-Staaten-Lösung, ohne Araber:innen. Dass dies nicht möglich ist ohne ethnische Säuberung und Völkermord, liegt auf der Hand. Es darf ebenfalls nicht übersehen werden, dass wir es im Falle von Israel und Palästina nicht mit zwei eigenständigen, souveränen Staaten zu tun haben. Israel ist eine Besatzungsmacht und führt einen Krieg gegen die von ihr kolonisierte Bevölkerung. Die Verantwortung für das Leben – und den Tod – der Menschen, die unter der Besatzung leben, liegt völkerrechtlich gesehen bei Israel.

Der Krieg muss enden

In der UNO wird das völkerrechtswidrige Vorgehen Israels gegen die Palästinenser:innen schon seit Jahren kritisiert. Im Dezember 2023 hat Südafrika schliesslich beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag eine Klage wegen Völkermords eingereicht. Der endgültige Entscheid wird erst in einigen Jahren gefällt. Allerdings erkannte das Gericht in Bezug auf einen Eilantrag schon jetzt an, dass «einige der von Israel im Gazastreifen begangenen Handlungen und Unterlassungen unter die Bestimmungen der Völkermordkonvention zu fallen scheinen».

Die Menschen in Gaza brauchen allerdings mehr als einen Entscheid des Internationalen Gerichtshofs. Der Krieg muss so schnell wie möglich enden, es braucht einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensgespräche. Die Menschen insbesondere im Westen müssen aufstehen gegen die herrschende Politik, die diesen Krieg toleriert. Die gemeinsame Organisation in der Friedensbewegung und in den Palästina-Solidaritätsgruppen ist dringender denn je.

Unsere Welt
SFB, Riehentorstr. 27
Postfach, 4001 Basel

47. Jahrgang
Nr. 1 – 2024
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Völkermord oder nicht?	2
Waffenindustrie in der Schweiz	3
Ja zur Neutralitätsinitiative?	4
Antikriegsbewegung in Russland	5
Agent Orange tötet bis heute	6
Weg mit den US-Militärbasen!	7
Picassos Friedenstaube	8

Boycott-Aufruf

Keine Datteln aus Israel!

In Schweizer Läden findet man Datteln aus Israel. Ihre Herkunft ist höchst problematisch!

Die israelische Regierung führt aktuell einen Vernichtungskrieg gegen die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen. Israelische Unternehmen profitieren direkt von der Zerstörung der palästinensischen Landwirtschaft, von der Diskriminierung der Palästinenser:innen und den systematischen Völker- und Menschenrechtsverletzungen wie:

- Vertreibung und Enteignung palästinensischer Bäuerinnen und Bauern in den besetzten Gebieten.
- Zerstörung palästinensischer Oliven- und Fruchtbäume, Wasserzisternen und Gebäude durch die israelische Armee und Siedler:innen.
- Wirtschaftsblockade und Behinderung der freien Ausfuhr von palästinensischen Gütern.

Schweizer Grossverteiler tragen zur Aufrechterhaltung des Apartheidregimes bei.

Solange sich die israelische Politik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung nicht ändert, appellieren wir an die Konsument:innen, auf den Kauf von Datteln und anderen Produkten aus Israel zu verzichten. Zudem fordern wir die Grossverteiler wie Coop und Migros auf, keine Produkte aus Israel zu importieren, bis Israel das Völkerrecht respektiert.

Grosse mitschuldige Unternehmen durch strategische und kontextbezogene Boykott- und Desinvestitionskampagnen dazu zu zwingen, ihre Mittäterschaft an der israelischen Apartheid und den Kriegsverbrechen gegen Palästinenser:innen zu beenden, sendet eine sehr starke Botschaft an andere mitbeteiligte Unternehmen. Wir in der Schweizerischen Friedensbewegung SFB haben uns entschieden, den Fokus beim Boykott auf Datteln aus Israel zu legen. Diese Datteln sind allgegenwärtig bei den Grossverteilern Migros, Coop, Aldi etc. erhältlich und sehr sichtbare Produkte.

Alle Infos zur Kampagne:
www.friedensbewegung.ch/keine-datteln-aus-israel

Frieden schaffen!

Im Ukraine-Krieg, der nun schon zwei Jahre geführt wird, sind Atomkräfte involviert, ein Einsatz von Atomwaffen ist nicht mehr auszuschliessen. Der Gaza-Krieg, bei dem Israel drohend auch nach Syrien und auf den Iran schießt, könnte einen Flächenbrand in der Region auslösen. Der Bundesrat treibt derweil die Schweiz in die Arme des aggressiven NATO-Militärbündnisses. – Die Welt ist wieder ein Stück unsicherer geworden, unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder ist zunehmend bedroht. Es ist an der Zeit, zu handeln, es ist Zeit, aktiv mitzuwirken am grossen Projekt «Frieden». Es ist notwendig, dass wir gemeinsam eine breite Bewegung für Frieden und Gerechtigkeit schaffen, um den Kriegstreibern im In- und Ausland Einhalt zu gebieten. Wir brauchen Dich, um eine wirkungsvolle Kraft für den Frieden aufzubauen. Unterstütze und stärke die Schweizerische Friedensbewegung SFB, die noch als einzige Friedensorganisation in der Schweiz für konsequent friedliche Lösungen eintritt und Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und Aufrüstungsbestrebungen im Inland abehrt. Es braucht mehr Kampagnen und Aktionen, um die Bevölkerung über die Kriegspläne der Mächtigen zu informieren und die Friedensfreund:innen zu vernetzen und zu organisieren. Mit Deiner tatkräftigen Unterstützung und Deiner grosszügige Spende hilfst du, das Ziel zu verwirklichen: Frieden schaffen ohne Waffen!

Jetzt spenden mit QR-Code!

Oder über folgendes Konto:
IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Friedensbewegung
Riehentorstrasse 27
Postfach
CH-4001 Basel



Krieg in Gaza

«Zweifelsohne: Völkermord»

Israel behauptet, bei seinem militärischen Vorgehen gegen die Palästinenser in Gaza handelt es sich um Selbstverteidigung. Im Interview mit «Zeitgeschehen im Fokus» zeigt Prof. Dr. Alfred de Zayas, Völkerrechtler und ehemaliger UNO-Mandatsträger, auf, welche Kriterien der Völkermordkonvention im Konflikt erfüllt werden und weshalb die Sachlage juristisch eindeutig ist.

Von Thomas Kaiser

Welche Bedeutung hat es, dass Südafrika im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg an den Internationalen Gerichtshof (IGH) gelangt ist?

Prof. Dr. Alfred de Zayas: Die Tatsache, dass das Vorgehen Israels gegen die Palästinenser vor den Internationalen Gerichtshof gekommen ist, ist eine historische Zäsur, eine bewusste Ablehnung der Straflosigkeit Israels seit 75 Jahren, ein Schrei für Gerechtigkeit, ein Ausdruck der Hoffnung in der internationalen Justiz, eine logische Folge der Verpflichtungen, die sich aus der UNO-Charta ergeben. Besonders wichtig ist der Antrag, dass Israel sofort aufhört, Palästinenser abzuschlachten.

Südafrika hat den Anklage-Brief am 29. Dezember 2023 eingereicht, und das Gericht hat den Fall als Nr. 192 registriert. Allerdings wäre es besser gewesen, wenn die Initiative von einer Koalition von Staaten aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Europa (zum Beispiel Spanien, Norwegen, Schweden) gekommen wäre. In einer derartigen fundamentalen Frage der jahrzehntelangen Straflosigkeit des Staates Israel für die laufenden Okkupationsverbrechen, für die Apartheidspolitik, für die Unterdrückung der Palästinenser braucht man internationale Solidarität.

Zweifelsohne haben Hamas-Politiker Verbrechen an israelischen Zivilisten befohlen und der militärische Arm der Hamas hat diese Verbrechen vollzogen. Zweifelsohne müssen sie auch bestraft werden. Aber hier geht es nicht nur um den 7. Oktober, sondern um Jahrzehnte der Unterdrückung durch Israel, um die seit 2007 von Israel verhängte Blockade, die für eine humanitäre Katastrophe in Gaza sorgte, wogegen sich die Hamas wehrte. Die UNWRA hat die Situation in Gaza seit Jahren dokumentiert. Allein die Blockadepolitik erfüllt Artikel IIc der Völkermordkonvention, die «vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet ist, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen». Berichte belegen, was die israelische Politik seit dem 7. Oktober bedeutet: Nun sind alle Palästinenser in Gaza Freiwild.

Man kann die Kriegsführung Israels kritisieren, der mehrheitlich Zivilisten zum Opfer fallen. Aber geht Südafrika nicht zu weit, indem es das Vorgehen Israels als Völkermord einstufen lassen will? Hat ein

Völkermord nicht grössere Dimensionen?

Den südafrikanischen Juristen ist es gelungen, eine brillante Artikulierung der Völkerrechtskonvention und des Völkerrechts vor den Richtern zu machen. Südafrika liegt völkerrechtlich richtig. Niemand kann bestreiten, dass Artikel II, Absätze a, b und c durch Israel verletzt worden sind. Die Lage ist juristisch gesehen klar. Politisch gesehen, so drehen und wenden sich die israelischen und amerikanischen Juristen verzweifelt und versuchen, die «Absicht» der endgültigen «ethnischen Säuberung» Palästinas als «Selbstverteidigung» zu tarnen. Die vielen Aussagen von israelischen Politikern und Militärs widerlegen aber diese Banalisierung der Lage.

Was sind die Kriterien, um ein Vorgehen als Völkermord zu klassifizieren?

Man muss vor allem die «Absicht», Völkermord zu begehen, beweisen. Erstaunlicherweise liefern die konkreten Aussagen und Befehle israelischer Politiker und Militärs den Beweis die, «Gruppe» der Palästinenser «als solche ganz oder teilweise zu zerstören». So berichtet Professor Norman Finkelstein in seinem Buch «Gaza». Der ehemalige UNO-Sonderberichterstatter für das Palästinensische Besetzte Gebiet, Richard Falk, und UNO-Berater Jeffrey Sachs haben dies in etlichen Berichten dargelegt.

Das Vorgehen Israels in Gaza erfüllt zweifelsohne die Kriterien eines Völkermords. Aber nicht erst seit dem 7. Oktober 2023. Das Vorgehen Israels erfüllte auch seit Jahrzehnten die Kriterien des Verbrechens der Apartheid im Sinne der Konvention von 1976.

Gemäss UNO-Charta hat Israel das Recht auf Selbstverteidigung. Warum soll das hier nicht gelten?

Nein, das ist nicht so einfach. Israel kann sich nicht auf Artikel 51 der UNO-Charta berufen, denn Israel ist ein Okkupant, ein Besetzer. Wiederrum können die Palästinenser wohl ihr Recht auf Selbstbestimmung behaupten und daher auch ein Recht auf Selbstverteidigung gegenüber Israel in Anspruch nehmen und sich dabei auf etliche UNO-Resolutionen stützen.

Selbstverteidigung ist mit Völkermord nicht gleich zu setzen. Hier

sind zwei Aspekte des Artikel 51 der UNO-Charta hervorzuheben. Die Anwendung von Gewalt ist dem Sicherheitsrat vorbehalten. Selbstverteidigung ist eine Ausnahme und nur dann möglich, wenn es von kurzer Dauer ist, bis sich der Sicherheitsrat damit beschäftigt. Der UNO-Generalsekretär António Guterres hat Artikel 99 der UNO-Charta aktiviert und den Sicherheitsrat aufgefordert, Frieden in Gaza zu ermöglichen. Dies ist durch einen Staat, die USA, vereitelt worden. Ausserdem muss jede «Selbstverteidigung» die Verhältnismässigkeit wahren. Art. 51 der UNO-Charta liefert keine Legitimierung der Völkermordpolitik Israels.

Der Angriff der Hamas vom 7. Oktober war nicht der Beginn des Krieges – sondern eine Antwort auf die illegale Blockade, die Israel gegen Gaza seit 2007 unterhält. Man denkt sofort an den Aufstand im Warschauer Ghetto 1943. Die «Antwort» der Israelis auf die 1200 Toten vom 7. Oktober hat inzwischen etwa 23 000 Menschenleben in Gaza gekostet – überwiegend Frauen und Kindern – Zivilisten, die unter der IV. Genfer Konvention von 1949 schutzberechtigt sind. Hier ist eine groteske Verletzung des Prinzips der Verhältnismässigkeit.

Angenommen, der IGH bestätigt die Einschätzung Südafrikas. Was hätte das für Folgen für die israelischen Regierung?

Zunächst ein enormer Verlust an Prestige. Aber Israel besitzt eine mächtige Propagandamaschinerie in



Palästina-Aktion in Bern. Quelle: zVg.

der ganzen Welt und hat seit 1947 seine falsche Darstellung der Fakten in den meisten Medien durchgesetzt. Juristisch gesehen müsste Israel den Krieg sofort beenden und enorme Wiedergutmachung an die Palästinenser bezahlen.

Aber der Internationale Gerichtshof besitzt keine Möglichkeiten, für die Umsetzung seiner Urteile zu sorgen. Dies kann der UNO-Sicherheitsrat, aber er kann es nicht tun, denn die USA werden mit Sicherheit ein «Veto» einlegen – inzwischen sind es mehr als 80 Resolutionen über Israel, die die USA durch ein Veto vereitelt haben. Nur eine Weltkoalition, die die Straffreiheit Israels nicht mehr duldet, könnte Zwangsmassnahmen ergreifen, zum Beispiel keinen Handel mehr mit Israel treiben, nichts kaufen, nichts verkaufen, keinem israelischen Flugzeug Landegenehmigung geben, keinem israelischen Schiff Hafen bieten.

Was würden Sie vorschlagen – nicht als Völkerrechtsprofessor, sondern als Mensch?

Man muss alles für den Frieden tun, für Frieden mit Gerechtigkeit. Ich würde gerne Millionen Menschen sehen, die in Washington, London, Paris, Berlin, Rom, Madrid, Zürich auf die Strassen gehen, und einen sofortigen Waffenstillstand verlangen. Ich möchte sehen, dass die Menschen in demokratischen Ländern verlangen, dass ihre Politiker Schluss mit Kolonialismus und mit Imperialismus machen. Als Christ möchte ich sehen, dass die Menschheit die Bergpredigt ernst nimmt, vor allem, dass alle Christen bemüht sind, Frieden überall in der Welt zu stiften, dass wir alles tun, damit Frieden im Heiligen Land zurückkehrt.

Quelle: Zeitgeschehen im Fokus, 17. Januar 2024. Kürzung: UW.

Petition mit 5 000 Unterschriften eingereicht

Frieden in der Ukraine und in Gaza, jetzt!

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB hat die Petition «Nein zum Atomkrieg: Atomwaffen verbieten, jetzt!» eingereicht. Die Übergabe der Petition war von einer Mahnwache begleitet, um den Bundesrat daran zu erinnern, sich für Friedensgespräche und einen Waffenstillstand in der Ukraine einzusetzen. Auch im Gaza-Krieg fordern die Aktivist:innen der SFB einen stärkeren Einsatz für den Frieden.

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB konnte die Petition «Nein zum Atomkrieg: Atomwaffen verbieten, jetzt!» mit über 5 000 Unterschriften am 23. Februar 2024 den Bundesbehörden überreichen. Über 5 000 Menschen fordern den Bundesrat damit klar auf, den UNO-Vertrag für ein Atomwaffenverbot zu unterstützen. International sind Atomwaffen seit 2021 mit diesem Vertrag verboten. Die Mehrheit der Nationen weltweit will das Atomwaffen nicht eingesetzt, produziert und verkauft werden dürfen. Das ist vernünftig. Mit dem UNO-Atomwaffenverbotsvertrag wird Druck auf die Atommächte aufgebaut. Der Bundesrat hat bereits vor Jahren vom Parlament den demokratischen Auftrag erhalten, diesen UNO-Vertrag zu unterzeichnen, verweigert sich jedoch bis heute. Die Petition fordert: «Die Schweiz muss unverzüglich dem UNO-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich aktiv für das Verbot und die Vernichtung von Atomwaffen einsetzen.»

Westliche Doppelmoral

Vor der Petitionsübergabe organisierte die SFB eine Mahnwache auf der Bundeshausterrasse, um für ein Ende des Ukraine-Kriegs zu protestieren, der bereits seit zwei Jahren andauert und Tausende von Menschenleben gefordert hat. Die

Friedensaktivist:innen forderten während der Aktion ein Ende der Eskalation in der Ukraine und riefen die Schweizer Regierung dazu auf, sich aktiv für eine friedliche Lösung einzusetzen. Auch in Gaza braucht es dringend einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensgespräche. Die israelische Regierung führt nun schon mehrere Monate einen genozidalen Krieg, um die Palästinenser:innen aus dem Gazastreifen zu vertreiben, und die westlichen Länder, auch die Schweiz, schauen tatenlos zu. Die Doppelmoral der westlichen Staaten im Umgang mit den zwei Kriegen zeigt sehr deutlich, dass es der NATO, der EU und der Schweiz nicht um Gerechtigkeit, um Frieden oder um Menschenrechte geht. Sie sind in erster Linie um ihre geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen besorgt.

Gefahr der Eskalation

Beim Ukraine-Krieg handelt es sich immer noch um einen heissen Krieg, der zwischen Atommächten direkt und indirekt geführt wird. Die USA haben europaweit ihre Atomwaffen stationiert – in Italien, in Deutschland, in der Türkei, in den Niederlanden. Das NATO-Kriegsbündnis hat mit der Aufnahme von Finnland die militärische Einkreisung Russlands auf die Spitze getrieben. Aber auch die russische Regierung hat ihre

Atomstreitkräfte in «höchste Alarmbereitschaft» versetzt. In dieser Situation reicht ein kleiner Funken, um die grosse Katastrophe herbeizuführen. Geschieht während der laufenden Kriegshandlungen ein Missgeschick, ein menschlicher Irrtum, besteht die Gefahr einer Eskalation bis hin zu einem umfassenden Atomkrieg. Es ist deshalb dringend notwendig, dass die Regierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterschreibt. Für ein internationales Verbot von Atomwaffen! Ja zum Frieden, Nein zur Eskalation!

Schweizerische Friedensbewegung



SFB-Mahnwache in Bern.



SFB-Mahnwache in Bern für «Frieden statt Eskalation». Quelle: zVg.

Waffenindustrie in der Schweiz

Produzieren für den Krieg

Waffen dienen dem Krieg, niemals dem Frieden. Das muss immer wieder gesagt werden, der Stimmungsmache der Militaristen und «Siegfrieden»-Propagandisten zum Trotz. Waffen braucht man zum Töten; Verhandlungen, um Kriege zu stoppen und Frieden zu schaffen. Die Schweiz ist im Vergleich zu den ganz grossen Waffenherstellern in den USA, in Deutschland und anderen Staaten ein kleiner Fisch, aber sie nimmt teil an der weltweiten Aufrüstung, auch, weil sie militärisch und ökonomisch sehr vernetzt und in der Forschung und technischen Entwicklung aktiv ist.

Von Ueli Schlegel

Zahlreiche Staaten rüsten heute gewaltig auf. Die höchsten Ausgaben für Militär und Rüstung haben weiterhin die USA – mit riesigem Abstand zur Volksrepublik China, die zwar mit 1,4 Milliarden Einwohnerinnen und Einwohner mehr als viermal bevölkerungsreicher als die USA ist, aber weniger als 40 Prozent der US-amerikanischen Militärausgaben hat. Die NATO-Staaten – ein Sechstel aller Staaten – geben über 50 Prozent der weltweiten Gelder für die Rüstung aus. Selbstverständlich sind die Rüstungsausgaben der USA auch deshalb so hoch, weil dieses Land immer noch 78 (!) Kriege führt und 900 (!) Militärbasen hat, die es oft gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung weiter betreibt.

Während die hohen Militärausgaben nur durch Abstriche bei Sozialleistungen, bei der Bildung und Kultur, bei der Wohnbauförderung und der zivilen Infrastruktur finanziert werden können, steigen die Profite der Rüstungsfirmen und die Aktienkurse momentan gewaltig. Die Waffen aus der Privatindustrie der kapitalistischen Länder werden ja nicht nur produziert, sie werden auch in vielen Kriegen getestet und verbraucht und müssen ersetzt werden. Rosa Luxemburg brachte es 1916 auf den Punkt: «Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen.»

Die Aufrüstung wird auch in der Schweiz betrieben – so stark, dass die Armee ihre Rechnungen offenbar nur noch unter eigenmächtiger Erstreckung der Zahlungsfristen begleichen kann. Unter stillschweigender Zustimmung der Chefin des Verteidigungsdepartements, Viola Amherd, setzt sich die Armee arrogant über die geltende Ausgabenbremse der Eidgenossenschaft hinweg. Nutzniesser sind die grossen US-amerikanischen Rüstungskonzerne und die schweizerischen, privatisierten Rüstungsfirmen. Von 1863 bis 1998 war die Rüstungsproduktion für das Inland zu grossen Teilen eine Sache des Staates. 1998 wurde die eidgenössische Waffenherstellung im Zuge der neoliberalen Politik der kapitalistischen Staaten privatisiert; ab diesem Zeitpunkt konnten die schweizerischen Rüstungsfirmen Waffen und Munition einfacher exportieren, sich im Zuge der Globalisierung mit ausländischen Waffenschmiedern zusammentun und Konzernteile verkaufen und kaufen.

Schweizerische Rüstungskonzerne

Die 1998 gegründete Ruag, die Nachfolgerin der staatlichen Rüstungsindustrie, wurde schnell in verschiedene Teile zerlegt, die wiederum Filialen in zahlreichen europäischen Ländern, in den USA, in Australien, Malaysia und den Vereinigten Arabischen Emiraten eröffneten.

Daneben gab es aber schon lange auch private Rüstungsfirmen. Die Mowag (Motorwagenfabrik AG Kreuzlingen) entwickelte ab 1905 hauptsächlich in Zusammenarbeit mit deutschen Autofabrikanten zivile

Sonderfahrzeuge, nach dem zweiten Weltkrieg dann Fahrzeugteile, die sowohl für zivile wie auch für militärische Zwecke eingesetzt werden konnten. Seit den sechziger Jahren ist der schnelle Amphibienradpanzer Piranha des Paradeprodukt der Rüstungsfirma. Mowag wurde 2003 vom riesigen US-Rüstungskonzern General Dynamics übernommen.

Thales Group ist ein ursprünglich französischer Konzern, der in der Schweiz eine Filiale hat – Thales Suisse in Zürich. Der Konzern ist u.a. auf dem Gebiet der Luft- und Raumfahrtstechnik, der eigentlichen Rüstungsindustrie und der Datensicherheit, Verschlüsselung, Biometrie tätig.

Rheinmetall Air Defence AG an der Birchstrasse in Zürich-Oerlikon gehört dem deutschen Rheinmetall-Konzern, dem grössten deutschen Rüstungskonzern, der 1889 gegründet worden war und im zweiten Weltkrieg ein wichtiger deutscher Rüstungsproduzent mit 5 000 Zwangsarbeiter:innen aus Polen, der UdSSR, Jugoslawien und anderen Ländern war. Rheinmetall kaufte 1999 den Rüstungsbereich der Oerlikon Contraves Defence, einer Abteilung des im zweiten Weltkrieg wegen Rüstungsexporten an die Achsenmächte und in den sechziger Jahren wegen Exporten an Bürgerkriegsländer berüchtigten Oerlikon-Bührle-Konzernes. Rheinmetall Air Defence AG Zürich ist eng mit dem wegen Korruption bekannten Hauptkonzern verbunden.

Rhode & Schwarz mit Hauptsitz in München wurde 1932 gegründet und erhielt im Zweiten Weltkrieg zahlreiche Aufträge der deutschen Wehrmacht. Es handelt sich um einen Elektronikonzern mit den Sparten Messgeräte für zivile und militärische Zwecke, Cybersicherheit und Verschlüsselung und Kommunikationssysteme für Flugsicherung und Streitkräfte. Der Konzern hat heute Filialen in 70 Ländern. Rhode & Schwarz Schweiz AG mit Sitz in Ittigen und Rhode & Schwarz SwissQual AG mit Sitz in Zuchwil sind Töchter des deutschen Mutterkonzerns.

Pilatus Aircraft Ltd in Stans wurde 1938 vom Rüstungsagenten Antoine Gazda mitgegründet, der auch für Oerlikon-Bührle arbeitete. Er hatte gute Kontakte zu Nazi-Deutschland und zu den Alliierten. Gazda plante den Import britischer Spitfire-Militärflugzeuge in die Schweiz. Der Bundesrat bevorzugte jedoch die deutschen Messerschmidt-Flugzeuge, für die die Pilatus-Werke während des Zweiten Weltkrieges einen Wartungsauftrag erhielten. Schon während des Krieges entwickelten die Werke eigene Flugzeuge, die später exportiert wurden. Zwischen Pilatus und der erwähnten Ruag bestand eine enge Zusammenarbeit. Die Werke wurden berichtigt, weil sie immer wieder in Bürgerkriegsländer scheinbar rein zivile Flugzeuge exportierten, die dann an Ort mit Trägervorrichtungen für Luft-Boden-Waffen in Militärflugzeuge umfunktioniert werden konnten.

Elbit Systems Switzerland an der Seilerstrasse 4 in Bern ist ein Drohnenhersteller – eine Tochter der israelischen Elbit Systems, der grössten nichtstaatlichen Rüstungsfirma Israels. Jean Ziegler schreibt in der Gewerkschaftszeitung «Work» vom

3. November 2023: «Die Schweiz hat eine enge Rüstungskooperation mit Israel. Sie hat zusammen mit dem israelischen Waffenfabrikanten Elbit eine hochmoderne, hocheffiziente neue Kampfdrohne entwickelt. [...] Diese Drohne ist in der israelischen Luftwaffe seit sechs Monaten im Einsatz. Es ist eine Schande für unser Land. Ich will nicht, dass meine Steuern die Ermordung palästinensischer Kinder finanzieren. Die Militärkooperation mit Israel muss sofort gestoppt werden. Stattdessen soll die Schweiz, als neues Mitglied des UNO-Sicherheitsrates, der Forderung von UNO-Generalsekretär António Guterres zum Durchbruch verhelfen: sofortiger Waffenstillstand und Abbruch der mörderischen Bombardements von Gaza.»

Die Tricks der Rüstungsindustrie

Seit 1972, als die erste schweizerische Initiative für Rüstungskontrolle in der Volksabstimmung mit 49,7 Prozent Ja beinahe angenommen worden wäre, gibt es ein dauerndes Seilziehen zwischen den Vertretern der Waffenschmiedern im Parlament und im Bundesrat und der Bevölkerung. Die Aufrüstungsbefürworter drohen mit Arbeitsplatzabbau im Falle zunehmender Exportkontrolle – wie wenn es keine zivilen Alternativen zur Produktion von Rüstungsgütern gäbe (Stichwort: Rüstungskonversion, «Schwerter zu Pflugscharen»).

Militärische Güter werden trickreich als zivile Güter exportiert und im Ausland dann zu Waffen umgerüstet

Unglaubliche Geschichten aus Leutschenbach

Tucker Carlson trifft Putin

Im Februar traf der US-amerikanische Journalist Tucker Carlson den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Die Bilanz des Interviews fiel in den westlichen Medien verheerend aus. So auch bei SRF – nicht aber bei der UW. Eine Begründung.

Von Alva Noi

Sicher, Tucker Carlson ist nicht der kritische Journalist. Entscheidende Fragen liess er aus. Dennoch, das Interview mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin war interessant, zeigte es doch die Sichtweise der russischen Seite auf eine Entwicklung, in der der Westen nicht so wahrgenommen wird, wie man es sich hier wünscht. Das Interview wirft gleichzeitig ein Licht auf den Zustand der westlichen Presse – doch der Reihe nach.

Putin beginnt mit einem historischen Monolog, der die Verbindung der Ukraine mit Russland belegen soll. Die interessanten Teile folgen nachher. Und da möchte ich drei Punkte herauspicken. Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine aus dem Jahre 2014, die Unterstützung der Opposition während der Maidanproteste durch den Westen und die Verhandlungen in Istanbul während des Ukrainekrieges im März 2022.

Putin schildert diese historischen Ereignisse auf dem Weg zur Eskalation aus russischer Sicht. Dabei macht er alles andere als den Eindruck eines Verrückten, wie er im Westen immer wieder dargestellt wurde. Bei allen drei Ereignissen kritisiert er die Einmischung des Westens, die im Widerspruch zu einer demokratischen Entwicklung eines Staates stünden.

Westliche Sündenfälle

Vor zehn Jahren unterbreitete die EU der Ukraine ein Assoziierungsabkom-



Rheinmetall-Ableger in Zürich. Quelle: zVg.

(Dual Use). Der Begriff «Dual Use» ist allerdings extrem vage und wird in der Politik z.B. von den USA oft als politisch-ökonomisches Kampfmittel gegen Konkurrenten und missliebige Staaten verwendet.

Ein Trick, der seit Beginn des Ukraine-Krieges von den «westlichen» Staaten immer häufiger angewendet wird, ist der Ringtausch. Er soll beispielsweise bei den Piranha-Radpanzern angewendet werden, die die Schweiz an Dänemark lieferte, die Dänemark nun an einen baltischen Staat exportieren will, der sie der Ukraine verkaufen wird. Die Schweiz, die aus gesetzlichen Gründen nicht direkt an die Ukraine liefern darf, verkauft ferner 25 von Rheinmetall erworbene

Leopard-2-Panzer an Rheinmetall zurück; dann liefert das scheinbar nicht am Krieg beteiligte Deutschland sie der Ukraine (allerdings gibt es da den Originalton der deutschen Aussenministerin Baerbock: «Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland» und «Wir wollen Russland ruinieren»). Solche Ringtausch-Machenschaften sind mittlerweile im NATO-Gebiet üblich geworden. Als weiteren Trick hat das schweizerische Parlament zur Umgehung der Waffenexportverbote eine neue Warenkategorie erfunden, nämlich die «besonderen» militärischen Güter. Wir werden in einer der nächsten Ausgaben unserer Zeitung auf die Exportbeschränkungen und das Kriegsmaterialgesetz eingehen.

briele Krone-Schmalz, von der westlichen Einmischung auf dem Maidan durch die Journalisten Dirk Pohlmann und Mathias Bröckers und von den gescheiterten Friedensbemühungen durch den NATO-General a.D. Harald Kujat. Gemeinsam all diesen Publizisten: Sie publizierten lange in den Mainstream-Medien, haben heute aber aufgrund ihrer Haltung keinen Platz mehr und können sich nur noch in Alternativmedien äussern.

Ein Tiefpunkt

In der SRF-Berichterstattung über das Interview beschränkt sich Calum MacKenzie nun auf den ersten Teil des Interviews, in dem Putin – auch für mich unverständlich – die Geschichte der Ukraine mit Russland bis zur Zeit von Dschingis Khan aufrollt. Die restlichen 90 Minuten des Interviews hätten aber zum Hinterfragen der westlichen Rolle in der Entwicklung dieses Krieges und der Veränderung der Medienlandschaft anregen können. Und dies wäre die Aufgabe eines öffentlich-rechtlichen Senders. Für wie dumm verkauft uns eigentlich Leutschenbach!



Blick auf den Hauptsitz von SRF in Zürich, Leutschenbach. Quelle: Wikimedia.

Aufruf von Linken und Grünen:

«Ja zur Neutralitätsinitiative!»

Eine Gruppe von pazifistischen Linken und Grünen ruft dazu auf, die Neutralitätsinitiative zu unterstützen. Für die Aktivisten könnte der neue Verfassungstext als Leitlinie für ein aktives und am Weltfrieden orientiertes Neutralitätsverständnis dienen. Im Folgenden dokumentiert «Unsere Welt» den Aufruf.

Die 2022 lancierte Initiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität» wird in vielen Medien und von einem Teil der Linken und Grünen als ein rechtspopulistischer Versuch zum Isolationismus gebrandmarkt. Wir widersprechen: Als Linke und Grüne begrüssen und unterstützen wir die Neutralitätsinitiative! Die Initiative ist nicht «rechts», sondern wurde von einem überparteilichen Komitee ausgearbeitet, das die Schweizer Aussenpolitik von ihrem Pro-NATO-Kurs abbringen und zu einer internationalen und welt-offenen Neutralität hinführen will. Als Linke und Grüne sind wir überzeugt, dass das Lagerdenken in eine Sackgasse führt. Wir engagieren uns stattdessen für eine Sachdebatte.

Worum es in der Initiative geht

Die Neutralität der Schweiz ist über 200 Jahre alt und ihre legalen Prämissen sind seit 1907 in den Haager Abkommen klar definiert. Diese Bestimmungen sind eine gute, zeitlose und völkerrechtliche Grundlage unserer Aussenpolitik. Die Schweiz nimmt nicht Teil an den Kriegen anderer Staaten, flankiert von einer strengen Kriegsmaterial-Gesetzgebung. In der neuen multipolaren Weltordnung brauchen wir eine Neutralität, die Sicherheit schafft und sich am Weltfrieden orientiert. Innenpolitisch wird die Neutralität zwar in der Verfassung erwähnt, aber nicht definiert. Die Initiative holt dies nach und gibt der Aussenpolitik eine klare Richtung vor. Sie signalisiert dem Ausland, was von der Schweiz zu erwarten ist. Die Bundesverfassung wird um folgenden Artikel ergänzt:

Art. 54a Schweizerische Neutralität
1. Die Schweiz ist neutral. Ihre Neu-

tralität ist immerwährend und bewaffnet.
2. Die Schweiz tritt keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis bei. Vorbehalten ist eine Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen für den Fall eines direkten militärischen Angriffs auf die Schweiz oder für den Fall von Handlungen zur Vorbereitung eines solchen Angriffs.
3. Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft auch keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflichtungen gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) sowie Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen anderer Staaten.
4. Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.

Dieser Verfassungstext umschreibt nicht die Gesamtheit der Schweizer Neutralität, dient aber als Leitlinie für ein aktives und am Weltfrieden orientiertes Neutralitätsverständnis. Als Linke und Grüne unterstützen wir die Initiative aus folgenden Gründen:

1) Eine allparteiliche Neutralität sichert eine international orientierte Schweiz
Wir stehen ein für eine weltoffene und multikulturell orientierte Schweiz. Absatz 4 der Initiative fordert, dass die Schweiz künftig aktiv hilft, Konflikte zu verhindern und zu vermitteln. Unser Land wird deshalb in internationalen Konflikten nicht Partei ergreifen, sondern stellt sich ohne Wenn und Aber jedem Staat der internationalen Gemeinschaft als Verhandlungsort

zur Verfügung. Als Begegnungsort der unterschiedlichen Kulturen und Weltanschauungen kann die Schweiz den Frieden in der Welt fördern. Unsere Neutralitätspolitik muss auch gegenüber den Ländern des Südens und solchen ohne das westliche Demokratie-Modell glaubwürdig sein. Denn Staatsformen, Ordnungs- und Wertvorstellungen hängen auch vom technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand ab. In ihren Friedensbemühungen schliesst sich die Schweiz nicht den Standpunkten des einen oder des anderen Lagers an, sondern bringt gegenüber allen Parteien Verständnis und Dialogbereitschaft auf. Nur so kann sie allseitig Vertrauen gewinnen und behalten. Die Schweiz ist nicht Teil eines Machtblocks, sondern integriert sich künftig in die Weltgemeinschaft. Auf dieser Basis kann das Internationale Rote Kreuz, eine der heilvollsten Institutionen der Schweiz, weiterhin seine wertvollen Dienste leisten und den Konfliktbetroffenen auf beiden Seiten helfen.

2) Die aktive Neutralität der Schweiz ist ein Europäisches Friedensprojekt
Als pazifistische Linke und Grüne stehen wir für den Frieden in Europa ein. 1815 versprach die Tagsatzung, «die immerwährende Neutralität anzuerkennen und zu gewährleisten, welche das gemeinsame europäische Staateninteresse zu Gunsten der Eidgenossenschaft erheischt». Dieses Versprechen an Europa wollen wir nach 200 Jahren erneuern.

Als Pufferstaat half die Schweiz während 100 Jahren, das Kräftegleichgewicht in Europa zu erhalten: Wir haben unser Land weder den Österreichern gegen die Franzosen noch den Franzosen gegen die Österreicher zur Verfügung gestellt. Während den zwei Weltkriegen half die Neutralität international wenig: Sie kam massiv unter Druck, hat uns aber immerhin den Frieden im eigenen Land bewahrt. Im Kalten Krieg hat die Schweiz wesentlich dazu beigetragen, dass die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu einem den Frieden und die Verständigung fördernden Abschluss kam. Darauf sind wir stolz: Die Schweiz soll auch künftig mit einer aktiven Friedens- und umsichtigen Neutralitätspolitik am Frieden in Europa mitwirken. Mit ihrem Neutralitäts-Knowhow kann die Schweiz zudem Staaten in ähnlicher geopolitischer Situation unterstützen: mit anderen neutralen und bündnisfreien Staaten ein Netzwerk bilden, das sich für die Deeskalation zwischen verfeindeten Nationen einsetzt.

3) Die Rückkehr zur integralen Neutralität macht die Schweiz global glaubhaft
Die wichtigste Änderung der jetzigen Neutralitätspraxis bringt Absatz 3: Die Schweiz beteiligt sich nicht an nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen andere Staaten. Das ist zentral, tragen doch Grossmächte ihre Kriege nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich aus: Verhängt werden dann oft Sanktionen, die weder völkerrechts- noch menschenrechtskonform sind. Sie treffen die Bevölkerung, wobei die Armen und Schwachen – Frauen, Kinder, Alte – besonders darunter leiden. Wirtschaftssanktionen eines mächtigen Landes oder Länderblocks sind willkürlich. Solche Gewaltaktionen lehnt die Schweiz ab: Sie wird Bedrohungen des Friedens, Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen, von welcher Seite auch immer begangen, in der UNO problematisieren und kritisieren.



Postkarte aus dem 1. Weltkrieg. Die neutrale Helvetia schaut dem Krieg zu. Quelle: zVg.

4) Integrale Neutralität ist solidarisch mit den Ärmsten der Welt
In Kriegen bluten und leiden die Mittelschicht und Armutsbetroffene am allermeisten, während Waffenfirmen und deren Aktionäre massiv verdienen. Das gilt auch für den Ukraine-Krieg, in dem das ukrainische und russische Volk sich gegenseitig ausbluten, während der militärisch-industrielle Komplex der kriegsführenden und kriegstreibenden Staaten wächst und wächst. Mit jeder Eskalation werden mehr Rüstungsgüter nachgefragt, todbringende Gerätschaften verkauft, riesige Gewinne erzielt. Kurz: Kriege bringen vielen den Tod und dem Grosskapital satte Profite. Das ist eine eiserne Regel des Kriege.

Sanktionen verlängern den Krieg. Sie führen zudem so gut wie nie zu einem «Regime Change». Mit Sanktionen werden die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte zwischen dem Westen und dem ärmeren Rest der Welt nicht behoben, sondern verschärft. Die Schweiz verzichtet deshalb prinzipiell auf Sanktionen, ausser sie werden vom UNO-Sicherheitsrat verhängt. Solidarität nur mit Staaten und Menschengruppen zu zeigen, die einen vergleichbaren Lebensstandard haben und die westlichen Werte teilen, ist ein Unding: Die Schweiz ist allparteilich solidarisch und erweist allen Staaten, die in Not sind, ihre Solidarität. Praktisch heisst das, mehr Solidarität mit den Armen dieser Welt.

5) Der Verzicht auf den NATO-Beitritt ist unser wichtigster Beitrag zum Weltfrieden
Die NATO, einst ein Verteidigungsbündnis, ist längst zu einem aggressiven Verband geworden, der mit «Out of Area»-Einsätzen weit über den Nordatlantik und Europa hinausgreift. Die NATO dient dazu, die Vormachtstellung des Westens zu erhalten und auszubauen. Völkerrechtswidrige NATO-Einsätze haben im Irak, in Afghanistan, in Libyen zum Zusammenbruch aller drei Staaten geführt. Während die USA jenseits des Atlantiks sich vorab um den Erhalt ihrer imperialen Machtposition kümmern, hat Europa gewaltige Flüchtlingsströme zu verkraften, denn in allen drei Ländern herrscht heute die nackte Not.
Diese Entwicklung geht noch weiter, indem ihre grössten Mitglieder sogar von einer «Wirtschafts-NATO, die unseren Lebensstandard verteidigt», träumen. Dabei hat die eine Milliarde der NATO-Bevölkerung dank ihrem grenzenlosen Zugriff auf die globalen Ressourcen bislang jährlich zwischen drei bis fünf Planeten

vernutzt und die Klimaerwärmung und die weltweit sinkende Biodiversität angestossen. Diese globalen Probleme lassen sich nur multilateral und mit einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaft lösen. Deshalb: Schluss mit Kriegen und Sanktionen. Der wirtschaftliche Ausgleich ist der wichtigste Beitrag für eine globale Sicherheitspolitik!

6) Die bewaffnete Neutralität ist ein pazifistischer Ansatz der internationalen Politik
Neutralität hat Zukunft: Der Friede wird sicherer, wenn mehr Länder unabhängig und neutral bleiben, statt sich einem der grossen Blöcke anzuschliessen. Als bewaffnetes Land verteidigt sich die Schweiz zwar selbst, sollte sie angegriffen werden, wird sich aber nicht an ausländischen Kriegen beteiligen, auch nicht zum kollektiven Schutz anderer Länder. Damit vertritt die Schweiz einen konsequenteren Pazifismus als es die UNO-Charta verlangt: Artikel 51 gesteht allen Mitgliedern das «naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung zu». Doch die «kollektive Selbstverteidigung», einst als Ausnahmefall gedacht, wurde zum Normalfall verkehrt. Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde praktisch jeder Angriffskrieg als «kollektive Selbstverteidigung» gerechtfertigt: die Interventionen der Sowjetunion in Ungarn (1956) und in der Tschechoslowakei (1968), der USA in Vietnam (1964), Afghanistan (2001), im Irak (2003), die Intervention Chinas in Vietnam (1979) oder der NATO in Serbien (1999) und Libyen (2011).

Die Schweiz weist die kollektive Selbstverteidigung zurück und verspricht, bei keinen Kriegen mitzumachen: Sie bleibt pazifistisch, egal wie gross der wirtschaftliche und moralische Druck aus dem Ausland ist. Weil die Wahrheit über Kriegsursachen und Kriegsgründe immer erst Jahrzehnte danach ans Tageslicht kommt, verzichtet die Schweiz aus Prinzip auf Kriegsbündnisse. Sie beteiligt sich weder an der Kriegshetze gegen andere Länder noch an deren Dämonisierung – das hoffen wir: Die Schweiz soll kein Land von selbstgerechten und selbstherrlichen Kriegsmitmachern werden. Fertig mit dem Lagerdenken, befreit für die Sachdebatte plädieren wir: Ja zur Neutralitätsinitiative!

Mehr Infos und Möglichkeit zur Mitunterzeichnung:
www.neutralitystudies.com/ja-zur-neutralitaet

Verstärkung im SFB-Sekretariat

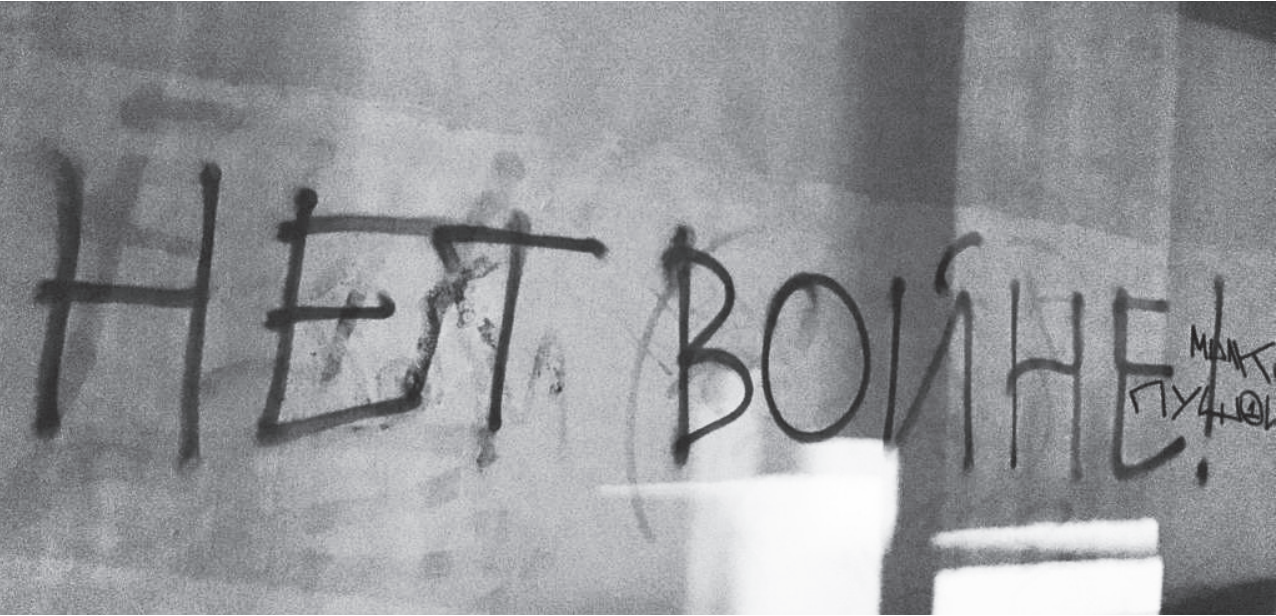
Willkommen, Ephraim!

Ich habe mich schon länger nicht mehr gefragt, wer ich bin. Dies soll ich nun tun, um mich als neuer politischer Sekretär bei der Schweizerischen Friedensbewegung vorzustellen. Ich denke, die Frage, wer ich bin, lässt sich am besten damit beantworten, was ich tue. Was also tue ich? Ich versuche, organisiert zusammen mit meinen Genoss:innen in einer kommunistischen Organisation, in meinem Politikwissenschafts- und Soziologiestudium und nun auch bei der SFB, mit Worten und Handlungen plausibel zu machen, dass ein Leben in Frieden – also ohne Unterdrückung, Ausbeutung, Verfolgung und Krieg – für alle möglich ist. Ich verstehe mich als Vertreter der Marx'schen Erkenntnistheorie, die besagt, dass die Wirklichkeit durch eine umfassende Analyse der materiellen Umstände grundsätzlich erkennbar ist.
Ich vertrete also eine Theorie, in welcher Dinge und soziale Phänomene in einem definierten Kontext als objektiv richtig oder falsch erkannt werden können. Das führt zur Erkenntnis, dass dieser Frieden, der für alle möglich ist, nur erreicht werden kann, wenn die erarbeiteten Erkenntnisse schlüssig dargelegt sind und darauf aufbauend Handlungen vollzogen werden, die im Kontext der «Freiheit in Geschichte» – dem Frieden auf der Welt – auch angemessen und zielführend sind. Bei der



SFB sehe ich mich daher zusammen mit euch in einer idealen Lage, diese Erkenntnisse zu erarbeiten und Handlungen zu entwickeln. Nicht zuletzt, deswegen freue ich mich darauf, auch in der UW-Redaktion mitzuwirken und dabei die Möglichkeit zu haben, mehr Menschen aus der Friedensbewegung kennenzulernen und mit euch zusammenzuarbeiten. Ergänzend zu meinen eigenen Worten möchte ich meine Motivation nochmals in den Worten eines Genossen darlegen: «Der Kampf für eine bessere Gesellschaft, für den Sozialismus, ist für mich unweigerlich mit dem Kampf für Frieden, Antimperialismus und Antimilitarismus verbunden.»

Ephraim Piatti



«Nein zum Krieg!» Graffiti in Moskau. Quelle: zVg.

Ehefrauen, Kommunisten, Liberale

Die Antikriegsbewegung in Russland

Unter den Linken, den Pazifisten und Kriegsgegnern in Russland hat der Ukraine-Krieg bestehende Widersprüche vertieft. Manche Organisationen betrachten den laufenden Krieg als antiimperialistisch und antifaschistisch und unterstützen die Regierung, andere hoffen auf einen Siegfrieden der Ukraine, wieder andere kritisieren beide Seiten.

Von Ewgeniy Kasakow

Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland, zur Schweiz oder zu Grossbritannien gibt es in Russland kaum noch eine organisierte linke pazifistische Bewegung. Organisationen wie das Sowjetische Friedenskomitee, welche in der Sowjetunion den «Kampf um den Weltfrieden» bestritten, überlebten den Staat nicht, in dem sie entstanden waren. Im postsowjetischen Russland waren der Kampf gegen die Wehrpflicht, gegen Rüstungsausgaben oder gegen die zwei Tschetschenienkriege eher Themen von liberalen Menschenrechtlern und kleineren linken Gruppen. Im Bezug auf die Aussen- und Verteidigungspolitik hatte die grösste linke Kraft des Landes, die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) unter der Führung von Gennadi Sjaganow eher eine «Falken»-Position. Konkret bedeutet dies, dass die KPRF sowie eine Reihe kleinerer kommunistischer und «linkspatriotischer» Parteien für den Ausbau der Rüstungsindustrie (bei der ein beachtlicher Teil ihrer Wähler beschäftigt war), für einen konfrontativeren Kurs gegenüber dem Westen, für ein grösseres militärisches Engagement im postsowjetischen Raum sowie auf dem Balkan und im Nahen Osten eintraten. Die prowestlich-liberalen Parteien setzten sich dagegen dafür ein, dass Russland durch weitere Marktreformen ein konkurrenzfähiger Standort wird und

aus ökonomischer Sicht wieder Weltmachtstatus erlangt – nicht gegen den Westen, sondern auf dessen Seite.

Kampf für russische Identität?

Der Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 verschärfte die seit Längerem bestehenden Konflikte im linken Lager. Ein Teil der Linken, allen voran die KPRF, aber auch kleinere Parteien wie die Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKRP) oder die betont loyale Duma-Partei «Rechtes Russland» schlossen sich der offiziellen Rhetorik an. Demnach sei der Krieg gegen die Ukraine zugleich antikolonial, antiimperialistisch und antifaschistisch, aber auch ein Kampf für die gemeinsame, immer abwechselnd als slawisch, orthodox oder einfach russisch definierte Identität. In den Reden von Gennadi Sjaganow vermengen sich links-antiimperialistische und konservativ-kulturalistische Parolen. Besonders zu erwähnen ist der Fall von Sergei Udaltow, dem Anführer der «Linken Front». Uldaltow, der für die Teilnahme an den Protesten 2011 bis 2013 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, stellte sich zuerst gegen den Krieg, änderte jedoch seine Position nur wenige Tage später komplett. Politisch nutzte ihm sein Gesinnungswandel wenig – inzwischen sitzt Udaltow wieder im Gefängnis, angeklagt wegen «Recht-

fertigung des Terrorismus», diesmal drohen ihm bis zu sieben Jahre Haft.

Unterstützung der Ukraine

Andere Linke schlossen sich vom ersten Tag an der Antikriegsbewegung an. An den Demonstrationen, die im April 2022 unter dem Druck der Repressionen eingestellt wurden, waren Linke, Liberale, viele bis dahin unpolitische Menschen sowie Teile der nationalistischen Szene präsent. Doch unter dem Namen «Antikriegsbewegung» hatten sich von Anfang an sehr unterschiedliche Positionen subsumiert. Die liberale Opposition und ein Teil der Linken treten für den Sieg der Ukraine ein, da sich das Land gegen eine Aggression verteidigen würde.

Die liberalen Oppositionellen betrachten den Krieg als einen Bruch der Regeln der internationalen Beziehungen durch Russlands Staatspräsident Wladimir Putin. Das wird wahlweise auf seine KGB-Vergangenheit, kriminelle Aktivitäten und Selbstbereicherung, Willen zum Machterhalt, toxische Männlichkeit oder psychischen Zustand zurückgeführt. Dadurch wird aber Putins Entscheidung, die Ukraine direkt anzugreifen, entpolitisiert. Moralische Empörung benötigt keine Analyse von real bestehenden Interessengegensätzen zwischen den Staaten.

Teile der Linken, die offen für Waffenlieferungen an die Ukraine eintreten, wie das Netzwerk Feministischer Antikriegswiderstand (FAS) begründen ihre Position meist damit, dass «Demokratie» besser sei als «Diktatur», dass die Ukraine einen antikolonialen Kampf führe und die von Gewalt Betroffenen ein Recht auf Widerstand haben. Einige anarchistische Gruppen wie die Kampforganisation der Anarcho-Kommunisten (BOAK) treten auch für militante Widerstandsformen ein, beispielsweise Sabotage an den Gleisen und Stromkästen der Eisenbahn sowie Brandanschläge auf die Kreiswehrämter. Vereinzelt haben sich Aktivisten den ukrainischen Einheiten der Territorialverteidigung angeschlossen. Solche Positionen bleiben jedoch im anarchistischen Lager heftig umstritten.

Gegen beide Seiten

Im Gegensatz dazu positionierte sich ein anderer Teil der Linken gegen alle kriegsführenden Parteien. Diejenigen Linken, die entschieden gegen den Kriegskurs der Regierungen Russlands, der Ukraine und der NATO/EU-Staaten eintreten, gehören sehr unterschiedlichen Strömungen an: Gemässigte wie die Sozialdemokraten Russlands (SDR) sind Teil davon, ebenso Linksozialisten wie die Online-Plattform Rabkor, Trotzlisten wie die Organisation der Kommunisten-Internationalisten (OKI), mehr

Partei ergreifen

Von Irwin Keller

Heute ergreife ich Partei,
Ich ergreife Partei für den Frieden.

Einen Frieden,
den ich nicht im Stich lassen werde,
auch wenn seine Stimme übertönt
wird
von Schmerz und Hass,
Verbitterung des Verlustes
Geschrei von richtig und falsch.

Ich ergreife Partei für den Frieden,
dessen Name kaum ausgesprochen
wird
in diesem Krieg ohne Gewinner.

Ich werden den Frieden
in meinen Armen halten
und den Atem meines Körpers mit
ihm teilen,
dass nicht der Frieden
der Zahl der Opfer hinzugerechnet
wird.

Ich werde Deeskalation verlangen,
selbst wenn ich nichts so sehr will
wie Vergeltung.
Ich werde das tun
im Dienst am Frieden.

Ich werde roden
im überwuchernden Dickicht

aus Ursache und Wirkung,
damit der Frieden atmen kann,
eine Minute lange,
und sich nach dem Himmel strecken.

Ich werde tun, was ich tun muss,
um dem Frieden das Leben zu retten.
ich werde durch Tränen hindurch
atmen.

Ich werde Überheblichkeit schlucken
Ich werde mir auf die Zunge beißen
ich werde Liebe anbieten,
ohne das Verdient-Haben zu
überprüfen.

Deshalb verlangt heute nicht von
mir,
mit einer Fahne zu wedeln, wenn es
nicht
die Fahne des Friedens ist.
Verlangt nicht von mir, ein Hymne
zu singen,
wenn es kein Friedenslied ist.

Verlangt nicht, dass ich Partei
ergreife,
wenn nicht für den Frieden.

Irwin Keller ist Rabbi, Lehrer, Autor
und Hoffender. Er lebt in den USA.

oder weniger orthodoxe Leninisten wie die vor allem aus Jugendlichen bestehende Union der Marxisten, die Vereinigte Kommunistische Partei-Internationalisten oder die Nowosibirsker Gruppe «Krasny Poworot». Die Gemeinsamkeit der meisten dieser Gruppen besteht darin, dass sie auf den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg hinweisen. Sie verbreiten Gegenargumente zuder, täglich auch in den Schulen, Universitäten und Betrieben präsenter werdenden Propaganda für den Krieg, für die «russische Welt» und für «traditionelle Werte».

Auch innerhalb von der KPRF gibt es viele Mitglieder und Funktionäre, die den Kurs der Führung nicht unterstützen. Einige KPRF-Funktionäre hatten zwar die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk unterstützt, hofften aber, dass damit gerade der grossflächige Krieg verhindert werden könnte, der Tage darauf losbrach. Unter den linken Kriegsgegnern sind auch etliche dabei, die noch 2014 den Anschluss der Krim und die Gründung der Volksrepubliken begrüsstten. Viele waren aber in den folgenden Jahren von den Entwicklungen im Donbass enttäuscht. Die Volksrepubliken brachten keinen eigenen antikapitalistischen Entwicklungsweg hervor, sie gerieten bald unter die Kontrolle der russischen Regierung.

Ehefrauen gegen Krieg

Nachdem die Repressionen direkte öffentliche Äusserungen gegen den Krieg deutlich erschwert hatten – schon der Gebrauch des Wortes «Krieg» statt «Spezialoperation» wurde strafbar –, wich die Antikriegsbewegung auf andere Formen der Aktivität aus. Es werden Telegram-Kanäle aufgebaut, oppositionelle Nachrichten verbreitet, Hilfe für ukrainische Kriegsflüchtlinge und russische Kriegsdienstverweigerer organisiert.

Eine Herausforderung sowohl für den Staat als auch für die verschiedenen Fraktionen der Antikriegsbewegung stellt die seit November 2023 verstärkt in Erscheinung tretende Bewegung der «Ehefrauen der Mobilisierten» dar, die zuerst lediglich eine schnellere Rotation der Männer an der Front forderten. Den Zweck des Krieges stellte die Bewegung anfäng-

lich nicht infrage und sie unterstützte kein politisches Lager. Die Frauen verbreiteten Petitionen, bedrängten Politiker bei öffentlichen Veranstaltungen mit Fragen und vernetzten sich überregional. Inzwischen posten die Aktivistinnen in ihrem Telegramkanal «Put domoj» (Weg nach Hause) Fotos von Antikriegsaufklebern und teilen Berichte von der Situation der mobilisierten Soldaten.

Kandidaten für den Frieden?

Einen gewissen Aufschwung erlebt die Antikriegsbewegung im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen, die am 15. bis 17. März stattfinden werden. Grigori Jawlinski, der faktischer Anführer der sozialliberaler «Jabloko»-Partei, wurde als möglicher Anwärter auf das Präsidentenamt gehandelt. Er veröffentlichte bereits im Februar 2023 einen Aufruf für einen Waffenstillstand. Im Oktober erklärte Jawlinski, dessen Partei nicht in der Duma vertreten ist, dass er sich mit Putin getroffen und mit ihm über eine mögliche Feuerpause diskutiert hat. Die «Jabloko»-Partei ist faktisch die einzige legal zugelassene Kraft, die vorsichtige Kritik an der «Spezialoperation» artikuliert. Schliesslich gab die Partei bekannt, doch nicht an den Präsidentschaftswahlen anzutreten. Ein weiterer Anwärter war Boris Nadeschdin, ein rechtsliberales Urgestein der Politik, der die «Spezialoperation» als ein Fehler bezeichnete und forderte, dass sie durch eine Feuerpause beendet werden musste. Verschiedene Teile der Antikriegsbewegung gaben ihre Unterstützung für Nadeschdin bekannt ungeachtet seines restlichen Programms. Da Nadeschdin letztlich keine Zulassung für die Wahlen bekam, stehen auf dem Wahlzettel nur noch Kandidaten, die den Krieg unterstützen. Der Kandidat der liberalen Partei «Neue Leute», Waldislaw Dawankow, bemüht sich, durch gemässigte Positionen die Wähler von Nadeschdin für sich zu gewinnen, jedoch ohne dabei den Rahmen des Erlaubten zu übertreten.

Ewgeniy Kasakow ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Auswandererhaus Bremerhaven und Autor des Buches «Spezialoperation und Frieden» über die russische Linke in der Antikriegsbewegung.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

☐ Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Fr. 20.–/Jahr)

☐ Ich möchte Mitglied der Schweizerischen Friedensbewegung SFB werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 50.– inkl. UW-Abo)

☐ Ich möchte ein gratis Probeabonnement der UW

☐ Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Friedensbewegung SFB, Riehentorstrasse 27, Postfach, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch

Neuer Kalter Krieg

Eine asiatische NATO?

Der neue Kalte Krieg spitzt sich rasant zu und hat schwerwiegende Folgen für Menschen auf der ganzen Welt. Die USA versuchen zusammen mit der NATO, Nordostasien zu militarisieren, und drängen auf eine gemeinsame Militärkooperation mit Japan und Südkorea.

Am 22. Oktober führten die Vereinigten Staaten, Japan und Südkorea ihre erste gemeinsame Luftübung durch. Die Militärübung fand statt, nachdem sich US-Präsident Joe Biden, der japanische Premierminister Fumio Kishida und der südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol im August in Camp David versammelt hatten, «um eine neue Ära der trilateralen Partnerschaft einzuleiten». Obwohl Nordkorea häufig als regionales Schreckgespenst zur Rechtfertigung der Militarisierung angeführt wird, ist die Bildung einer trilateralen Allianz zwischen den USA, Japan und Südkorea ein Schlüsselement der Bemühungen Washingtons, China einzudämmen. Die Militarisierung Nordostasiens droht die Region in antagonistische Blöcke zu spalten, was jahrzehntelange für beide Seiten vorteilhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit untergräbt und die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts, insbesondere um Taiwan, erhöht, der benachbarte Länder in ein Netz von Allianzen verwickelt.

Die Remilitarisierung Japans

In den letzten Jahren hat Japan, gefördert durch die Vereinigten Staaten, die umfassendste Militarisierung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erlebt. Nach der Niederlage Japans wurde von US-Besatzungsbeamten eine neue Nachkriegsverfassung ausgearbeitet, die 1947 in Kraft trat. In dieser «Friedensverfassung» verpflichtete sich Japan, «für immer auf Krieg [...] und die Androhung oder Anwendung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten zu verzichten». Mit der chinesischen Revolution 1949 und dem Ausbruch des Koreakrieges 1950 änderten die USA jedoch schnell ihren Kurs in Japan. Historikern des US-Aussenministeriums zufolge beunruhigte «die Idee eines wiederbewaffneten und militanten Japans die US-Beamten nicht mehr; stattdessen schien die wirkliche Bedrohung das Einschleichen des Kommunismus zu sein, insbesondere in Asien». Die Änderung und Umgehung der japanischen «Friedensverfassung» wurde von der rechtsnationalistischen Liberaldemokratischen Partei (LDP) aufgegriffen, die während des Kalten Krieges Millionen von Dollar Unterstützung vom US-amerikanischen Geheimdienst CIA erhielt und das Land nahezu ununterbrochen seit 1955 regiert. Im letzten Jahrzehnt hat die LDP Japans Verteidigungspolitik stark beein-

flusst. Im Jahr 2014 hat die LDP-Regierung unter Shinzo Abe die Verfassung zwar nicht abgeändert, aber sie wurde neu «interpretiert», um einen «proaktiven Pazifismus» zu ermöglichen und um das Verbot japanischer Truppen aufzuheben, im Ausland zu kämpfen. Dies ermöglichte es dem Land, sich an militärischen Interventionen zur Unterstützung von Verbündeten wie den USA zu beteiligen. Im Jahr 2022 bezeichnete die Kishida-Regierung China als «die grösste strategische Herausforderung aller Zeiten zur Sicherung des Friedens und der Stabilität Japans» und kündigte Pläne an, die Militärausgaben bis 2027 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (auf das Niveau der NATO-Länder) zu verdoppeln und damit die Nachkriegspolitik Japans zunichte zu machen, die die Militärausgaben auf ein Prozent des BIP begrenzte. Die Regierung beendete auch eine Politik aus dem Jahr 1956, die Japans Fähigkeit zur Raketenabwehr einschränkte, und führte eine Politik ein, die Gegenschlagfähigkeiten ermöglichte. Dieser Schritt hat Japan den Weg geebnet, 400 US-amerikanische Tomahawk-Raketen zu kaufen, mit der Fähigkeit, chinesische und russische Marinestützpunkte an der Ostküste des Landes anzugreifen.

Vertuschte Kriegsverbrechen

Historisch gesehen scheiterten Washingtons Bemühungen, multilaterale Allianzen im asiatisch-pazifischen Raum zu schaffen, am Erbe des japanischen Kolonialismus. Während des Kalten Krieges griffen die USA auf ein Netzwerk bilateraler Allianzen mit Ländern in der Region zurück, das als San-Francisco-System bekannt ist. Der erste Schritt zur Schaffung dieses Systems war der Friedensvertrag von San Francisco (1951), der friedliche Beziehungen zwischen den Alliierten und Japan herstellte. Um die Integration Japans als Verbündeter zu beschleunigen, schlossen die USA die Opfer des japanischen Kolonialismus (darunter China, die von der Kuomintang geführte Regierung in Taiwan und beide Koreas) von der Friedenskonferenz in San Francisco aus und verdeckten Tokios Verantwortung für seine kolonialen Kriegsverbrechen (einschliesslich Massaker, sexuelle Sklaverei, Menschenversuche und Zwangsarbeit). Das neue trilaterale Bündnis zwischen den USA, Japan und Südkorea konnte frühere Hindernisse überwin-

den, weil die südkoreanische Yoon-Regierung Japans Verantwortung für die während seiner Kolonialherrschaft über Korea (1910 bis 1945) begangenen Verbrechen abgewiesen hat. Genauer gesagt hat die Yoon-Regierung ein Urteil des Obersten Gerichtshofs Südkoreas aus dem Jahr 2018 aufgegeben, in dem japanische Unternehmen wie Mitsubishi für die Zwangsarbeit von Koreaner:innen verantwortlich gemacht wurden. Anstatt endlich zur Verantwortung gezogen zu werden, wurde Japan erneut vom Haken gelassen.

Geheimdienst-Kooperation

Im Jahr 2022 bezeichnete die NATO China erstmals als Sicherheitsherausforderung. Der damalige Gipfel war auch der erste, an dem Staats- und Regierungschefs aus dem asiatisch-pazifischen Raum teilnahmen, darunter Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland (diese vier Länder nahmen 2023 erneut teil). Unterdessen wurde berichtet, dass die NATO die

Eröffnung eines «Verbindungsbüros» in Japan plant, der Vorschlag scheint jedoch – vorerst – auf Eis gelegt worden zu sein. Das trilaterale Bündnis zwischen den USA, Japan und Südkorea ist ein wichtiger Schritt zur Erreichung von Fähigkeiten auf NATO-Niveau in Asien, insbesondere der Interoperabilität in Bezug auf Streitkräfte, Infrastruktur und Informationen. Die beim Camp-David-Treffen im August erzielte Vereinbarung verpflichtet jedes Land zu jährlichen Treffen und Militärübungen. Diese Kriegsübungen ermöglichen es den drei Armeen, den Datenaustausch und die Koordination ihrer Aktivitäten in Echtzeit zu üben. Darüber hinaus erweitert das von den USA angestrebte Allgemeine Sicherheitsabkommen über militärische Informationen (GSOMIA) zwischen Japan und Südkorea den Austausch zwischen den militärischen Geheimdiensten beider Ländern, es umfasst «nicht nur die Raketen- und Nuklearprogramme der DVRK, sondern auch die Bedrohungen aus China und Russland». Dies ermöglicht es den USA, Japan und Südkorea, eine gemeinsame Geheimdienst-Kooperation zu entwickeln.

Frieden führen

China verfolgt offiziell ein Konzept der «unteilbaren Sicherheit», was bedeutet, dass die Sicherheit eines Landes von der Sicherheit aller abhängt. Der Ansatz der USA zielt hingegen darauf ab, exklusive Blöcke zu bilden. Washingtons hegemoniale Haltung gegenüber Asien schürt Spannungen und treibt die Region in Konflikte und Krieg – insbesondere im Hinblick auf Taiwan, das Peking als «rote Linie» bezeichnet hat. Um die Situation in Nordostasien zu entschärfen, muss man von einer Strategie abrücken, die auf die Aufrechterhaltung der US-Dominanz ausgerichtet ist. Diejenigen, die in der Lage sind, diese Bewegung anzuführen, sind die Menschen, die bereits an der Front kämpfen, von den Gangjeong-Dorfbewohnern, die sich seit 2007 gegen einen Marinestützpunkt für US-Kriegsschiffe aussprechen, über Okinawaner, die dafür kämpfen, nicht länger ein Flugzeugträger der USA zu sein, bis hin zu den Menschen in Taiwan, die vielleicht am meisten zu verlieren haben bei einem Krieg in der Region.

Quelle: No Cold War, Übersetzung: UW.



Tran To Nga spricht an einer Demonstration gegen Agent Orange. Quelle: zVg.

Vietnamkrieg

«Agent Orange tötet bis heute»

Die Vietnamesin Tran To Nga kämpft seit Jahren für die Rechte der Opfer der chemischen Kriegsführung der USA im Vietnamkrieg. Sie selber leidet heute noch an den Folgen von Agent Orange. Am Solidaritäts-Fest der Vereinigung Schweiz-Vietnam hat «Unsere Welt» mit ihr gesprochen.

Von Tarek Idri

Sie sind während des Vietnamkriegs mit der hochgiftigen Substanz Agent Orange in Kontakt gekommen. Was ist Agent Orange und warum wurde es im Krieg eingesetzt?

Tran To Nga: Agent Orange war in erster Linie ein Entlaubungsmittel. Das heisst, die US-amerikanische Regierung wollte damals im Krieg die Vegetation zerstören, um den vietnamesischen Widerstand zu bekämpfen. Aber in diesem Entlaubungsmittel steckte ein sehr hoher Anteil an Dioxin, das extrem toxisch ist, auch für Menschen. Die US-amerikanischen Firmen, welche dieses Entlaubungsmittel produzierten, wussten, dass darin Dioxin enthalten war, aber der US-Regierung war das egal. Und so kam es, dass sie ungeheure Mengen an diesem dioxinhaltigen Entlaubungsmittel produzierten. Bis heute tötet dieses Agent Orange Menschen in Vietnam. Heute versuchen sich die beteiligten Firmen, darunter Dow Chemical und Monsanto, aus der Verantwortung zu ziehen, indem sie sagen, sie wurden vom US-Militär beauftragt, diese giftige Substanz herzustellen. Aber es gab damals eine Ausschreibung von der Regierung und die Firmen haben

sich darum gerissen, wer den enorm lukrativen Auftrag bekommen dürfe. Sie sind selber auch in Kontakt mit Agent Orange gekommen. Wie sind Sie in Kontakt mit dem Entlaubungsmittel gekommen und was für eine Wirkung hatte es auf Sie persönlich? Ich war Journalistin und befand mich 1966 in der Region Cu Chi. Die ganze Gegend war entlaubt. Es sah aus wie eine Wüste. Als ich die Motoren eines tief fliegenden Flugzeugs hörte, kam ich heraus. Da sah ich hinter der Maschine eine weisse Wolke zu Boden schweben, und mich traf eine klebrige Flüssigkeit. Dass die Wolke hochtoxisch ist, wusste ich damals noch nicht. Der Einsatz von Agent Orange mit dem giftigen Dioxin hatte nach dem Krieg verschiedenste Folgen für die Menschen, sie wurden krank, es kamen Kinder mit Missbildungen auf die Welt. Bei mir persönlich war die Folge, dass ich mein erstes Kind verlor, durch einen schweren Herzfehler. Ich leide auch bis heute an einer Blutkrankheit und einer Immunschwäche. Sie haben gegen die Herstellerfirmen von Agent Orange eine Klage

eingereicht. Wie ist es dazu gekommen und wie beurteilen Sie den Verlauf des Prozesses?

Gegenwärtig bin ich die einzige Person weltweit, die für die Einreichung der Klage Materialien sammelt. Wenn ich es nicht tun würde, dann würde das Verbrechen der chemischen Kriegsführung, das Verbrechen von Agent Orange für immer in Vergessenheit geraten. Das ist der Grund, weshalb ich die Klage eingereicht habe. In meinem Namen, aber auch im Namen von unzähligen Opfern. Wie es ausgehen wird, wissen wir schon. Haben die Verantwortlichen den Mut, für die Verbrechen geradestehen? Nein. Deshalb müssen wir weiterarbeiten, und ich werde bis zu meinem Tod weiterarbeiten. Am 7. Mai 2024 wird in Paris das Straftribunal stattfinden, dann wird das Plädoyer des Strafverfahrens gehalten.

Gibt es Möglichkeiten, wie sich die Menschen in der Schweiz für die Opfer von Agent Orange engagieren können?

Die Menschen in der Schweiz können die Opfer von Agent Orange unterstützen über Organisationen wie die Vereinigung Schweiz-Vietnam. Die Vereinigung Schweiz-Vietnam hat Geld gesammelt für Mikrokredite, mit denen den Menschen in Vietnam geholfen wird, ein würdiges Leben zu führen. Mit dem Geld konnten wir Nähkurse organisieren und Dutzende Nähmaschinen reparieren. Wichtig ist auch, dass man die Leute informiert über die Verbrechen im US-Krieg gegen Vietnam, dass sie Bescheid wissen über die Auswirkungen von Agent Orange.

Alle Infos zur Vereinigung Schweiz-Vietnam: www.vsv-asv.ch



Protest in Brüssel gegen den NATO-Gipfel, 2021. Quelle: zVg.

Internationales Seminar für Frieden

Und immer wieder Guantánamo...

Seit über 120 Jahren wird ein Teil des kubanischen Territoriums von den USA besetzt und als Militärbasis und Gefängnis missbraucht. Am 4. und 5. Mai 2024 findet in der Provinzhauptstadt Guantánamo nun die achte Auflage des internationalen Friedensseminars statt, dass sich für die Abschaffung von ausländischen Militärstützpunkten wie dasjenige auf Kuba einsetzt.

Von Samuel Wanitsch

Nicht dass in den dominierenden Konzern- und Kommerzmedien immer wieder Berichte über das US-Konzentrationslager Guantánamo auf Kuba publiziert würden, nein. Das passt nicht ins Narrativ, will sagen Feindbild «Demokratie bei uns – Autokratie/Diktatur dort» der «westlichen Wertegemeinschaft». Wie die Dominanz-Medien ja auch die offiziell formulierte Zielsetzung der mörderischen US-Blockade gegenüber Kuba geflissentlich unterschlagen: «...durch wirtschaftliche Unzufriedenheit und Not das Wirtschaftsleben schwächen, indem Kuba Geld und Lieferungen verwehrt werden, mit dem Ziel, die Nominal- und Reallöhne zu reduzieren, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung zu bewirken» (US-Unterstaatssekretär Lester D. Mallory am 6. April 1960)

Verletzung der Souveränität
Internationale Aufmerksamkeit erlangt Guantánamo zumindest bei fortschrittlichen Menschen mit dem alle zwei Jahre stattfindenden «Internationalen Seminar für Frieden und für die Abschaffung der ausländischen Militärstützpunkte». Auf Einladung des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft (ICAP) und des Weltfriedensrates (WPC) findet nun am 4. und 5. Mai 2024 in der Provinzhauptstadt Guantánamo die achte Auflage dieser Konferenz statt.
In der Einladung heisst es: «Gegen den Willen des kubanischen Volkes und der kubanischen Regierung werden seit 121 Jahren unrechtmässig 117 Quadratkilometer des kubanischen Territoriums besetzt und als US-Militärbasis und als Gefängnis

genutzt, in dem die Menschenrechte der Inhaftierten ständig verletzt werden. Dies stellt eine Verletzung der Souveränität und Unabhängigkeit der kubanischen Nation dar.» Im Weiteren lehnt Kuba die Existenz der über 800 Militärbasen und -einrichtungen ab, die die USA mit der NATO rund um die Welt installiert haben. Dabei wird auf den Entscheid der Staats- und Regierungschefs anlässlich des CELAC-Gipfels von 2014 hingewiesen, mit dem Lateinamerika und die Karibik zur Zone des Friedens erklärt wurden.

Internationale Solidarität
Die Basler Sektion der Vereinigung Schweiz-Cuba (VSC) und die Schweizerische Friedensbewegung SFB pflegen seit Jahren einen intensiven Austausch mit Institutionen vor Ort, vorab mit dem ICAP der Provinz Guantánamo. Es wurden unter anderem Restaurationen der Schwerstbehindertenschule «14 de Junio», des Geburtshauses «Hogar Materno Cristina Perez» sowie der Räumlichkeiten des ICAP finanziert, wo der grosse Saal den Namen «Salón Basilea» trägt. Und die SFB hat regelmässig an die Unkosten des Friedensseminars beigetragen.
Bis jetzt nahmen aus der Schweiz regelmässig SFB-Mitglieder am Seminar teil; mit bleibenden und berührenden Eindrücken: Wenn der Bauer aus Okinawa über das arrogante Auftreten der US-Armee berichtet, mit dem Bau eines Helikopterlandeplatzes im Naturschutzgebiet oder AktivistInnen aus Puerto Rico die Existenz von Geheimlabors bestätigen. Besonders beeindruckend ist jeweils die starke Präsenz von Friedensfreundinnen und -freunden aus den USA (!), zum Teil mit Erfahrungen in der US-Armee.
Die Teilnahme am Seminar ist absolut lohnenswert, und wir hoffen, dass sich auch unter der Leserschaft



SFB-Mitglieder mit dem ICAP-Kollektiv (mitverantwortlich im OK des Seminars) vor dem «Salón Basilea» im Innenhof des ICAP in Guantánamo. Quelle: zVg.

Mitmenschen finden, die sich kurzentschlossen für eine Reise nach Cuba entscheiden. Organisatorisch ist alles vorbereitet; im offiziellen Reiseprogramm wird das Seminar kombiniert mit den 1.-Mai-Feierlichkeiten.

Kubanische Kreativität
Auf einer Cuba-Reise anfangs 2024 wurden uns die aktuellen Probleme auf Kuba drastisch vor Augen geführt. Insbesondere der grosse Mangel an Treibstoffen durch die US-Wirtschaftsblockade hat einschneidende Auswirkungen in verschiedensten Bereichen (Verkehr, Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Tourismus). Andererseits erlebten wir in einem Monat einen einzigen Apagón (Stromausfall) von einer Viertelstunde. Es ist erstaunlich, was die revolutionstreuen Kubaner-

innen und Kubaner mit ihren kreativen Überlebenskünsten gleichwohl zustande bringen. Ein Beispiel nur: nach anfänglichen Schwierigkeiten, die entsprechende Online-Technik zu installieren, funktioniert jetzt das Busunternehmen VIAZUL einwandfrei und ist wesentlich pünktlicher als die Deutsche Bahn... Apropos Kuba-Diktatur und Polizeistaat: während eines Monats Reise durchs Land war weniger Polizei zu sehen als an einem gewöhnlichen Tag in einer Schweizer Stadt...
Das Fazit: Kuba verdient auf jeden Fall unsere volle Unterstützung und Solidarität. Am besten auch gleich mit einer Reise auf die wunderbare Insel mit wunderbaren Menschen. Gerne beraten wir Interessierte.

Mehr Infos: www.cuba-si.ch
Kontakt: national@cuba-si.ch

Julian Assange

Strafe durch Prozessführung

In London wird dieser Tage über das Berufungsverfahren zur Auslieferung von Julian Assange an die USA verhandelt. Seine Haftbedingungen sind so grauenvoll wie jene nach einer Verurteilung in den USA. Sie dauern nunmehr schon fünf Jahre.

Von Alva Noi

Im aktuellen Verfahren geht es um die Entscheidung, ob Assange Einspruch gegen seine Auslieferung erheben darf. Diese Möglichkeit wurde ihm seit der Verkündung des Urteils vor zwei Jahren verweigert. Damals stimmte die britische Regierung der Auslieferung zu. Konkret heisst dies für Assange: Weitere Monate und Jahre auf einen Entscheid warten. Und dies notabene in einer 6 Quadratmeter grossen Zelle in Einzelhaft. Dies gehört zur «legalen» Bestrafung von Angeklagten. Auf gut Deutsch geht es

um die Frage: Weiterhin eine «Strafe durch Prozess» oder eine Strafe durch Verurteilung nach einem mehr als fragwürdigen Gesetz.
Enthüllt durch Wikileaks
Whistleblower leben und lebten überall auf der Welt gefährlich. Im Jahre 2006 änderte sich dies ein Stück weit. Julian Assange bot seit diesem Jahr mit Wikileaks eine Plattform zur Veröffentlichung von Dokumenten an. Vorteil dieser Art der Publikation: Die Whistleblower können einfacher an-

onym publizieren und die Rückverfolgung der Herkunft der Dokumente wird erschwert. Vor allem das positive Bild der Weltmacht USA geriet durch Veröffentlichungen immer wieder ins Wanken – das Bild der USA als Schutzmacht der Demokratie, des Friedens und der westlichen Werte. Für die US-amerikanischen Regierungen wurde die Rechtfertigung ihres Handelns plötzlich schwieriger. Den hehren Absichten während der Wahlkämpfe standen plötzlich Taten gegenüber, die die Versprechen karikierten. Und darin lag und liegt die grosse Gefahr für die Herrschenden. Was alles wissen wir dank Wikileaks: Kriegsverbrechen der USA hüben und drüben, Steuerbetrug von Regierenden in Milliardenhöhe bis hin zur ausweglosen Situation der «Willigen» in Afghanistan. Und dies schon Jahre vor der Kapitulation und dem chaotischen Abzug der Truppen. Eine der letzten grossen Enthüllungen war Vault 7. Dank dieser Enthüllung wissen wir um das Ausmass der Fähigkeiten der USA, via Hacking von Netzwerken und Computersystemen Spionage zu betreiben. Und all diese Enthüllungen waren und sind verifizierbar.

Nawalny mit bescheidenem Leistungsausweis
Beim in Russland soeben verstorbenen Oppositionellen Nawalny sieht die Erfolgsbilanz wesentlich bescheidener aus. Er kritisierte die russische Führung und organisierte einen Teil der Opposition. Und weiter? In den Datenbanken der Schweizer Presse finde ich nichts Konkretes! In den Medien wird er allerdings landauf und landab als Anti-Korruptions-Kämpfer

gehandelt und gefeiert. Seine Agitation blieb allerdings auf dem Niveau der Vorwürfe. Auf was diese Vorwürfe gründen, welche Dokumente sie belegen sollen – Fehlanzeige. Das will allerdings noch nichts heissen und kann verschiedene Ursachen haben: Vielleicht gelangen die Dokumente nicht bis in den Westen zur Presse, vielleicht können die Journalisten hierzulande die kyrillischen Buchstaben nicht entziffern, oder: Nawalny hat keine Beweise. Wie dem auch sei: Eine Sprengkraft wie die Dokumente von Wikileaks erreichte Nawalny in Russland mit seinen Vorwürfen nie. Zudem war sein politisches Engagement von populistischen Auftritten begleitet, bei denen der Nationalist Nawalny bei den BürgerInnen Russlands die Abscheu vor dem Islam und Andersdenkender vermitteln wollte. Er bediente sich eines Vokabulars, in

dem er Kaukasier als Ungeziefer und Kakerlaken bezeichnete. Für einen Oppositionsführer, der vom Westen hofiert wird, ein heikles Unterfangen.
40 Jahre Haft
Nawalny ist tot, Assange vegetiert dahin – Vault 7, die letzte grosse Veröffentlichung von Wikileaks liegt sieben Jahre zurück. 9 000 Seiten Informationen aus dem Innenleben der CIA fanden damals den Weg ans Licht der Öffentlichkeit. Joshua Schulte entwendete und veröffentlichte sie. Im Jahre 2017 wurde er verhaftet. Im Jahre 2020 begann der Prozess gegen ihn und im Februar 2024 wurde er zu 40 Jahren Haft verurteilt. Auch hier dauerte das Verfahren sieben Jahre. Er wurde wegen den gleichen Paragraphen verurteilt, die Julian Assange nun 175 Jahre hinter Gitter bringen sollen.

Vault 7

(A.N.) Die Tragweite der «Vault 7» Enthüllungen beschreibt der EU-Abgeordnete Martin Sonneborn in einer Videobotschaft aus Brüssel: «Durch dieses von Wikileaks als Vault 7 bezeichnete Leak wurde der Öffentlichkeit bekannt, dass die CIA auch im digitalen Zeitalter zu einer Praxis in der Lage ist, die man ihr sowieso schon zugetraut hatte: haarsträubende Hackingoperationen und weltweite Spionage. Bei den in Frage stehenden Programmen handelt es sich um eine Reihe massgeschneiderter Techniken, mit denen die CIA nicht nur Wifi-Netzwerke und Webbrowser kompromittieren, Skype hacken, Antivirensoftware oder Verschlüsselungen von Messenger-Diensten überwinden und digitale Endgeräte in Abhörwanzen umwandeln kann. Auch auf Fernsehgeräte, semiintelligente Haushaltgeräte und total dummliche Kühl-, Heiz-, Mix-, Fön-, Licht-, Blas- und Sauggeräte versteht sie sich, Zugriff zu verschaffen.»

Schweizerische Friedensbewegung SFB

Jahrestagung 2024

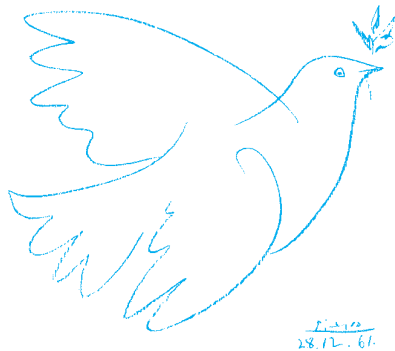
Sonntag, 9. Juni 2024, 16.00 Uhr
Restaurant Torstübli, im gedeckten Hinterhof
Riehentorstrasse 27, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:
Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen
Wahl des Vorstands • Ausblick und Anregungen

Die Jahresversammlung ist öffentlich. Interessierte sind herzlich eingeladen. Aus organisatorischen Gründen gerne mit Voranmeldung: mail@friedensbewegung.ch

Die definitiven Informationen kurz davor auf www.friedensbewegung.ch

ISSN 1423-6826
unserewelt@friedensbewegung.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

75 Jahre Schweizerische Friedensbewegung

Pablo Picassos Friedenstaube

Pablo Picasso habe dem Kampf der Völker mit seiner Friedenstaube das Wappentier geschaffen und der Hoffnung der Menschen das Symbolzeichen gegeben, schrieb der Schweizer Kulturhistoriker und Philosoph Konrad Farner 1956 in seiner Broschüre «Picassos Taube». Wir dokumentieren Farners Text in Auszügen.

Von Konrad Farner

Von allen Seiten und auf allen Wegen kamen sie, von den Bergdörfern der Cevennen und Savoyens, von den Fischerdörfern der Provence und der Bretagne, von den Gruben des Pas-de-Calais und von St. Etienne, aus den Metallbetrieben von Langres und Lille, aus den Textilzentren Roubaix und Lyon, von den Werften in Brest und Marseille ...; sie kamen aus allen Richtungen und vertraten alle Berufe. Zu ihnen gesellten sich die Scharen der Vorstädte und der Banlieue, die Arbeiter und Studenten der Hauptstadt. Und zu ihnen gesellten sich noch Unzählige aus den Nachbarländern: sie kamen legal aus Belgien und Holland, aus Deutschland und Italien, aus der Schweiz; illegal aus Spanien und Marokko und Algerien ..., zu ihnen gesellten sich Abordnungen aus dem Nahen Orient und dem Fernen Osten, aus Mexiko und Südafrika ..., Delegationen aus nicht weniger als 64 Staaten. Sie alle kamen mit dem gleichen Zeichen, das sie auf kleinen Wimpeln trugen oder auf grossen Flaggen, auf schmalen Bändern oder auf breiten Transparenten. Sie alle kamen als «Partisanen des Friedens» zum ersten Weltfriedenskongress, der seinen Abschluss fand als riesige Kundgebung im Stadion Buffalo zu Paris. Man schrieb das Datum des 24. April 1949.

Mitten auf der Ehrentribüne, an der all die Zehntausende, nein, die Hunderttausende vorbei zogen, stand neben dem Gelehrten Joliot-Curie,

dem Präsidenten des Kongresses, der Maler Pablo Picasso als Schöpfer des alle verbindenden Zeichens, der Taube. Überall war diese zu sehen, an den Wagen und Autobussen und Kanalschiffen der Partisanen, auf den Plakatwänden der Städte, an den Hausmauern der Dörfer, in Frankreich wie in der Schweiz, in China wie in Kanada. Das allgemeinverständliche und weltumspannende, das uralte und doch neue Symbol war geschaffen, das Symbol der sicheren und realen Hoffnung.

Picasso findet wie kein anderer die Symbole unserer Zeit, er ist der eigentliche Symbol-Schöpfer und Symbol-Finder unserer Epoche: die Mühsal des Proletariats fängt er ein im Bild der Büglerin, die Einsamkeit und Verlorenheit des heutigen bürgerlichen Menschen in seinen Harlekins, die gewalttätige Auflehnung gegen das Herkömmliche in seinen «Demoiselles d'Avignon», die elegischen Zwischenstimmungen in den subtilen Farben seines späten Kubismus, die Freude des Lebens in den Bildern von Antibes, den Stolz des Vaters in seinen Knabenbildnissen, die Barbarei des Faschismus in seinem «Guernica», die Vergewaltigung der Kreatur im schreienden Pferd, den Schmerz des Menschen in seiner «Weinenden», die Schönheit des Antlitzes in der Porträtzeichnung seiner Tochter,



«Blinder Minotauros», 1934-35. Quelle: zVg.

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Riehentorstr. 27, Postfach, CH-4001 Basel
E-Mail: mail@friedensbewegung.ch
Telefon: 061/681 03 63
Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu, Ruedi Moser, Ueli Schlegel, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 500
Abonnementspreis: mindestens 20 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung. Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

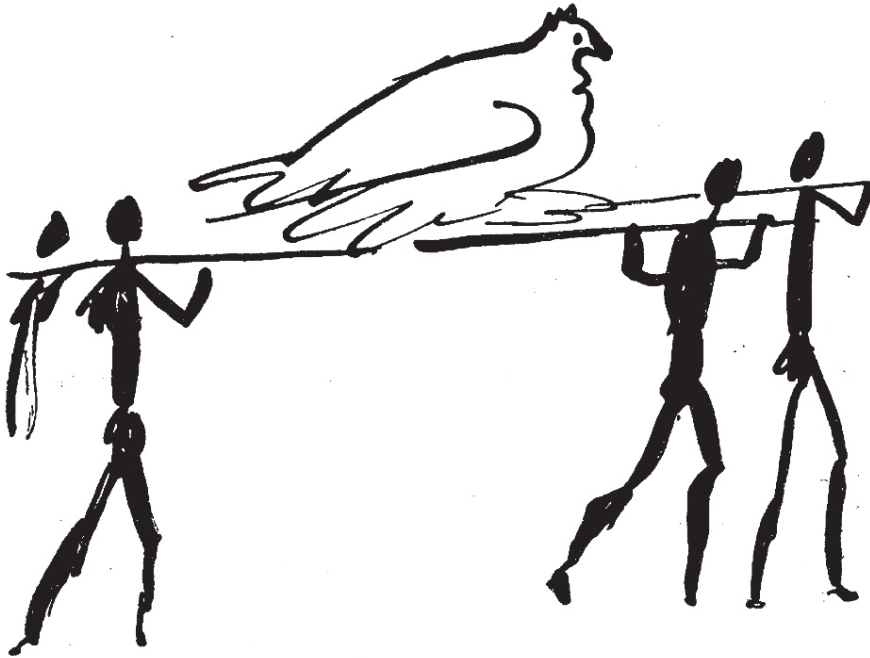
Indem Sie uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!

den beglückenden und zugleich beschwerenden Traum im 1932 gemalten Bild der Eingeschlummerten, die beschwerte Lust des menschlichen Daseins in seinen graphischen Blättern vom Frühjahr 1933 ...

In keiner Periode seiner Laufbahn fehlt das Tier in seinem Werk, und fast immer ist er von lebenden Tieren umgeben. ... Die ergreifendsten Tierbilder schafft Picasso mit seinen graphischen Blättern der «Minotaurumachie», wo im Blatt von 1935 dem riesigen, furchterregenden Ungetüm durch ein Mädchen mit Blumen Halt geboten und wo im Blatt, das ein Jahr vorher entsteht, dieser Minotauros als blinder Dämon durch ein Mädchen geführt wird – die hellste und zentralste Partie dieses in Dunkel gehaltenen Blattes ist jedoch eine Taube, die sich flatternd an den Hals des Mädchens schmiegt: die finstere Unterwelt wird durch die helle Tagwelt abgelöst, der Ansturm böser Mächte ist abgewehrt, die Wildheit ist bezwungen. Die Natur ist nicht mehr Minotauros, sondern ist Taube. Das Böse ist zuletzt besiegt und wird durch das Gute geführt, das Gute ist vereint mit dem Frieden. – Die Taube als Symbol ist in das Zentrum gerückt!

Im Februar 1947 werden die ersten drei Variationen der ausgewachsenen stehenden Taube gezeichnet, die gerade in ihrer scheinbaren Skizzenhaftigkeit die Wesensmerkmale dieses Tieres prägnant einfangen: Wachheit, Klugheit und Gewandtheit, Anmut, Kraft und Ausdauer. 1949 erscheint diese stehende Taube noch einmal in neuer Fassung auf dem Plakat für den Pariser Friedenskongress, nun abgerundet und geklärt, aller Zufälligkeit enthoben. Es ist das Plakat, das wie kein anderes zuvor Weltgeltung erlangt. – Bereits ein Jahr darauf erscheinen vier verschiedene Lithographien mit einer fliegenden Taube: sie hat jetzt ihren Standort verlassen und umkreist die Welt. Im gleichen Jahr 1950 wird in allen Strassen Frankreichs ein neues Plakat angeschlagen, das die Taube nun inmitten eines jungen Menschenpaares sieht: die Jugend und der Frieden haben sich als Träger der Zukunft vereinigt. Auch hier schafft der Künstler zwei Variationen. Das Ende dieses Jahres sieht die Tuschzeichnung mit dem Titel «Triumph der Taube»: vier Menschen heben auf einem Traggerüst das grosse Symbol; mit andern Worten: die Taube wird als Symbol des Friedens zum bedeutendsten Symbol unserer Zeit erhoben.

Unermüdlich schafft der Künstler neue Formen und Deutungen: für den Wiener Friedenskongress vom Dezember 1952 findet er eine dritte und dann noch eine vierte Variante der fliegenden Taube. Zugleich entwirft er für den gleichen Kongress in denkbar einfachster und allgemeinverständlicher Form das farbige



«Triumph der Taube», 1950. Quelle: zVg.

Tuch, das die weisse Taube auf dem blauen Grund der Hoffnung inmitten von vier verschiedenfarbigen Menschenköpfen als Zeichen der menschlichen Haupttrassen sieht. Das Thema der Umrahmung – ein barockes Thema sondergleichen – verlässt ihn nun nicht mehr: er fasst die fliegende Taube ein durch Händepaare, die er samt der Taube variiert, und ersetzt zuletzt die Hände durch Blumen.

1955 wird der «Geist von Genf» mit einer luftigen und lustigen Pinselfeier gefeiert: inmitten des tanzenden Volkes um einen blühenden Baum fliegt die Taube mit dem Friedenszweig in die Lüfte. In all diesen Jahren erscheinen zudem noch die zahlreichen Variationen über das Thema: Taube und Menschengesicht, auf graphischen Blättern und auf Keramiktellern, sogar auf bedruckten Geschirruntersätzen aus Stoff ...

Die Kunst ist ihm Waffe! 1945 schreibt er für Simone Téry die eindeutigen Worte nieder: «Was glauben Sie denn, ist ein Künstler? Ein Schwachsinniger, nur mit Augen, wenn er Maler ist, nur mit Ohren, wenn er Musiker ist, oder nur mit einer Lyra für alle Herzensdinge, wenn er Dichter ist, oder gar nur mit Muskeln, wenn er Boxer ist? Ganz im Gegenteil! Er ist gleichzeitig ein politisches Wesen, das ständig inmitten der zerstörerischen, brennenden oder beglückenden Weltereignisse lebt und sich ganz und gar nach ihrem Bilde modellt. Wie konnte man kein Interesse an den andern Menschen nehmen und sich im elfenbeinernen Turm von einem Leben absondern, das einem so überreich entgegengebracht wird? Nein, die Malerei ist nicht dazu da, Wohnungen auszuschmücken! Sie ist eine Waffe zum Angriff und zur Verteidigung gegen den Feind.» So nimmt Picasso nach Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges sofort für die Republik des Volkes Partei; während des zweiten Weltkrieges ist er illegal bei der Résistance; 1944, gleich nach der Befreiung von Paris, wird er Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs und spricht anlässlich der Aufnahme die unvergesslichen Wor-

te: «In meiner eigenen Art habe ich immer zum Ausdruck gebracht, was ich als das Wahrhaftigste, Richtigste und Beste und damit als das Schönste erachtete. Während der Zeit der Unterdrückung und des Aufstandes fühlte ich jedoch, dass dies nicht genüge, dass ich nicht nur durch die Malerei, sondern mit meinem ganzen Sein zu kämpfen habe.» 1948 empfängt er die Médaille de la Reconnaissance Française und ist beim ersten Friedenskongress in Wrocław dabei; 1949 steht er in Paris auf der Tribüne anlässlich des Treffens der «Partisans de la Paix»; er nimmt teil an allen Friedenskongressen der nächsten Jahre; er zeichnet nicht nur die Friedenstaube, sondern auch den Friedenskämpfer Henri Martin und den Sekretär der Partei, Maurice Thorez; sein «Massaker in Korea» wird 1953 von der italienischen Regierung aus der grossen Retrospektiv-Ausstellung zu Rom entfernt, muss aber dann in Mailand doch gezeigt werden ...

Picasso hat wie kaum ein anderer Künstler der Gegenwart die Weltweite gewonnen, den «Osten» wie den «Westen», er hat dem Kampf des Volkes das Wappentier, der Hoffnung der Menschen das Symbolzeichen gegeben. ... Das ist der tiefste Sinn der Taube Picassos, dass sie die heutige «Prinzip Hoffnung» allen vor Augen führt. ... Noch mehr: indem Picassos Kunst die Hoffnung realisiert, überwindet sie die «metaphysische Angst» und die «metaphysische Flucht», die der gesamten spätbürgerlichen Kunst von Cézanne über van Gogh und Munch bis zu Marc und Kandinsky, Mondrian und Klee, Beckmann und Kokoschka zugrunde liegen – das Mädchen mit der Taube führt den blinden Minotauros aus dem Dunkel ins Licht, und die Friedenstaube umfliegt die Erde. Wie sagt doch Picasso: «Die ganze Welt steht offen und alles wartet darauf, getan zu werden!»

Auszüge aus Konrad Farner, «Picassos Taube», VEB Verlag der Kunst, Dresden 1956; siehe auch Katja Herlach, «Der Maler der Taube», in «70 Jahre SFB 1949–2019», Basel 2019.